

Arbeitspapier

Forschungsgruppe EU/Europa
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Zülfükar Çetin

Die Dynamik der Queer- Bewegung in der Türkei vor und während der konservativen AKP- Regierung

Inhalt

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

SWP-Arbeitspapiere sind Veröffentlichungen
der Forschungsgruppen. Sie durchlaufen
kein förmliches Gutachterverfahren.

Dr. Zülfükar Çetin war vom 1. Oktober 2014
bis 30. September 2015 IPC-Mercator-Fellow
an der SWP.

Gedruckt mit freundlicher
Unterstützung der Stiftung Mercator.

Einleitung 3

1. Die Geschichte der Queer-Bewegung 4
 - 1.1. Die 1970er Jahre 5
 - 1.2. Die 1980er Jahre 6
 - 1.3. Die 1990er Jahre 9
 - 1.4. Die 2000er Jahre 11
 - 1.5. Post-Gezi 14
 2. Forderungen der Queer-Bewegung 15
 - 2.1. Reformierung des Strafgesetzbuchs §§ 3 und 122 15
 - 2.2. Gleichbehandlungsgebot im Arbeitsrecht § 5 17
 - 2.3. Diskriminierung im Zivilgesetz vom 22.11.2001, in der Fassung vom 15.5.2014, § 40 18
 - 2.4. Diskriminierung durch das Wehrdienstgesetz 19
 - 2.5. Spezifische Forderung „Gleichheit vor dem Gesetz“: Änderung des § 10 der Verfassung 20
 - 2.5.1. Gleichheit vor dem Gesetz - Art. 10 der Verfassung 21
 - 2.5.2. Weitere Forderungen in Bezug auf die Verfassung 23
 - 2.6. Forderungen bezüglich Rechtsstaatlichkeit 24
 - 2.7. Forderungen bezüglich des politischen Systems 24
 3. Repräsentation der Queer-Bewegung in den politischen Parteien der Kommunalpolitik und im Parlament 25
 - 3.1. CHP – Republikanische Volkspartei 26
 - 3.2. BDP – Partei für Frieden und Demokratie 27
 - 3.3. HDP- Demokratische Partei der Völker 28
 - 3.4. AKP – Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung 29
 - 3.5. MHP - Nationalistische Bewegungspartei 29
 4. Schlussfolgerung 30
- Abkürzungsverzeichnis (Deutsch-Türkisch) 32

Einleitung

Seit 2002 wird die Türkei von der konservativen Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (*Adalet ve Kalkınma Partisi* - AKP) regiert. Gleichzeitig haben Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans- und Intergeschlechtliche (LSBTI bzw. Queer) immer mehr an Sichtbarkeit gewonnen und behaupten sich zunehmend in verschiedenen staatlichen und nicht-staatlichen Bereichen. Diese Sichtbarkeit der LSBTI erreichte ihren Höhepunkt während der Gezi-Proteste im Sommer 2013 rund um den Istanbuler Taksim-Platz, als sich die LSBTI-Aktivist/innen dem Protest anderer zivilgesellschaftlicher Initiativen, politischer Parteien sowie nationaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen anschlossen. Diese Kooperationen ermöglichten es der Queer-Bewegung, ihre Anliegen auf die Agenda von politischen Parteien, Menschenrechtsorganisationen und (Forschungs-)Instituten zu heben und förderten die Anerkennung und Akzeptanz der Queer-Bewegung auf zivilgesellschaftlicher Ebene.

In westlichen Gesellschaften wird die Frage gestellt, wie dies angesichts der politischen Agenda der vom heutigen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan gegründeten AKP möglich war. Denn LSBTI und die Regierungspartei werden als Gegensätze angesehen, die einander fremd sind und sich ablehnend gegenüberstehen. Tatsächlich fühlen sich LSBTI-Personen von der AKP nicht vertreten, und die AKP nimmt ihre Forderungen nicht ernst. So wurde beispielsweise die letzte LSBTI-Pride in Istanbul im Juni 2015 von der Polizei mit Wasserwerfern aufgelöst, was von Menschenrechtsorganisationen in der Türkei und in Europa heftig kritisiert wurde.

In diesem Sinne spiegelt die Queer-Bewegung exemplarisch die Dynamik der türkischen Zivilgesellschaft wider. Ihre Erfahrung zeigt, dass auch in der Türkei der AKP die Bereitschaft und das Potential für gesellschaftlichen Wandel und weitere Demokratisierung vorhanden sind. Das vorliegende Arbeitspapier, das in der deutschsprachigen Literatur eine Forschungslücke schließt, wirft folgende Fragen auf und stellt entlang der historischen und aktuellen Fakten die Situation, Forderungen und gesetzliche Lage der LSBTI-Community in der Türkei dar.

Wie lässt sich die Entstehung der Queer-Bewegung in der Türkei historisch erklären und welche Entwicklungsphasen hat die Bewegung durchlaufen? Wie lässt sich die rechtliche Lage der LSBTI in der Türkei heute einschätzen? Auf welchen Gesetzen beruht die anhaltende Diskriminierung? Mit welchen Forderungen wenden sich die Vertreter/innen der Bewegung an die Zivilgesellschaft und die Politik? Wie verhalten sich die etablierten politischen Parteien zu den Forderungen der LSBTI? Auf welche Erfolge kann die LSBTI-Community auf kommunaler und parteipolitischer Ebene verweisen?

Abschließend stellt sich die Frage, wie sich Europa im Hinblick auf die asymmetrischen Beziehungen zwischen der konservativen Regierung und den politisch aktiven - aber trotz allem weitgehend diskriminierten Minderheiten - verhalten soll.

1. Die Geschichte der Queer-Bewegung

Die Queer-Bewegung in der Türkei versteht sich als eine Emanzipationsbewegung, die mehrdimensionale Diskriminierungen in den Blick nimmt. Ihrem Eigenverständnis nach richtet sie sich nicht nur gegen Homophobie, sondern auch gegen Rassismus, Frauendiskriminierung sowie gegen milieu- und schichtspezifische Ungleichheiten. Als Emanzipationsbewegung will sie sich für die rechtliche Gleichstellung und Gleichberechtigung aller benachteiligten Gruppen, sowie für ihre gesellschaftliche Partizipation und angemessene politische Repräsentation einsetzen. Die Queer-Bewegung in der Türkei begreift sich deshalb nicht nur als lesbisch, schwul, trans- oder intersexuell, sondern ist von einer Vielfalt der Identitäten und Zugehörigkeiten der Menschen geprägt. In der Bewegung aktive Queer-Personen solidarisieren sich beispielsweise mit Feministinnen, Antimilitarist/innen, Linken, Arbeiter/innen, Kurd/innen, den Angehörigen nicht-muslimischer Minderheiten wie Armenier/innen und anderen diskriminierten Gruppen, um gemeinsam mit ihnen gleiche Rechte, gemeinsame Interessen und Ziele einfordern und vertreten zu können.

Trotzdem erhebt die Bewegung vor allem den Anspruch, die Sichtbarkeit von Queer-Personen auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu verstärken und zu normalisieren. Spätestens 2013, während der Gezi-Proteste rund um den Taksim-Platz in Istanbul, gelang es der Bewegung, ihre Präsenz im öffentlichen Raum deutlich zu machen. Damals wurde auch die internationale Öffentlichkeit zum ersten Mal auf die Bewegung aufmerksam.

Dass die Bewegung sich vor allem in Istanbul konzentrierte, hat in erster Linie historische Gründe. Der Pionier der Forschung zur Homosexualität in Deutschland, Magnus Hirschfeld, beschreibt im Jahr 1914 Istanbul als Heimat einer europäischen *Urningekolonie*.¹ Dort existierten bereits damals *historische Stätte(n) homosexueller Vergnügungen*, in denen es auch ein berühmtes Männerbordell gab, welches ironisch „Ottomanische Bank“ genannt wurde.² Zur *Ottomanischen Bank* gingen auch europäische

Schwule, die sich mit den osmanischen männlichen Prostituierten trafen, ohne Angst vor Anzeigen, Verfolgung oder Gefängnisstrafen haben zu müssen. Da Anfang der 1900er Jahre homosexuelle Beziehungen in Deutschland, Frankreich und England strafbar waren,³ lebten geflüchtete Schwule aus diesen und anderen Ländern in Istanbul.⁴ Im Gegensatz zu den oben genannten Ländern war Istanbul eine Stadt „sexueller“ Freiheiten und ein Anziehungspunkt auch für viele osmanische Homo- und Transsexuelle. Die historischen Dokumente belegen zum Beispiel, dass die Prostitution junger Männer im osmanischen Reich legalisiert war, sie mussten für ihre (Sex-) Arbeit jedoch Steuern zahlen.⁵ Die Situation der Homo- und Transpersonen verschlechterte sich jedoch, als die Europäisierung bzw. der Reformprozess Ende des 19. Jahrhunderts im Osmanischen Reich und in der Gründungszeit der Republik Türkei vollzogen wurde und man unter europäischem Einfluss anfangs, Homo- und Transsexualität zu ächten⁶: Die Umstrukturierung wichtiger Bereiche der Gesellschaft und des Staatswesens in der Endphase des Reiches nach europäischem Muster, die Übernahme von europäischen politischen und „zivilisatorischen“ Konzepten, wie beispielsweise die Nation, der Nationalstaat und die bürgerliche Ehe; und die Fortsetzung dieser zivilisatorischen Umstrukturierung in der neu gegründeten Republik wirkten sich auf das (Zusammen-)Leben von Homo- und Transpersonen negativ aus. Die Geschichte der frühen Europäisierung der Türkei ist deshalb auch die Geschichte der Diskriminierung von Homosexualität. Ironischerweise entstanden damals in Europa die ersten Queer-Bewegungen, die auf die Beseitigung der strafrechtlichen Verfolgung und auf die Abschaffung antihomosexueller Gesetze abzielten. Ein bekanntes Beispiel dafür war §175 StGB, der in Deutschland bis 1994 in Kraft blieb und die homosexuellen Beziehungen wie folgt unter Strafe stellte: „Die widernatürliche Unzucht,

³ Die Gesetze, die die Homosexualität als Straftatbestand vorsahen, wurden z.B. in England 1967, in Frankreich 1982 und in Deutschland 1994, abgeschafft.

⁴ Wie Fn. 1.

⁵ Kahraman Gür, „Osmanlı'da Eşcinsellik Çalışılmalı“, Website der Queer-Organisation KaosGL, 13.9.2010 <http://kaosgl.org/sayfa.php?id=4128> (Zugriff am 26.8.2015).

⁶ Wie Fn. 5.

¹ Magnus Hirschfeld, *Die Homosexualität des Mannes und des Weibes*, Berlin 1914.

² Wie Fn. 1.

welche zwischen Personen männlichen Geschlechts oder von Menschen mit Tieren begangen wird, ist mit Gefängnis zu bestrafen; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden“.⁷ Auch wenn weder in der Geschichte des Osmanischen Reiches noch der heutigen Türkei je ein solches Gesetz existierte, machte sich unter anderem durch europäischen Einfluss Diskriminierung gegenüber LSBTI-Personen bemerkbar. Doch auch die Organisationen der Queers entstanden im Austausch mit Europa, vor allem aber im Widerstand gegen die Diskriminierung.

1.1. Die 1970er Jahre

Die neu gegründete Republik und ihre Institutionen waren von dem alles überragenden Ziel einer Europäisierung der Gesellschaft absorbiert. Es ging um die Etablierung einer „modernen“ säkularen, türkisch-nationalen Gesellschaft, deren ideologische Grundlage nicht die Religion, sondern die Aufklärung sein sollte. Leitlinien waren die Prinzipien Mustafa Kemal Atatürks, nämlich Populismus, Nationalismus, Laizismus, Etatismus, Revolutionismus und Republikanismus. In der neuen Gesellschaft spielte die Kleinfamilie eine zentrale Rolle. Die Emanzipation der Frau und ihre Partizipation an Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und anderen Bereichen der Gesellschaft wurden gefordert und gefördert. Die Republik legte damit großen Wert auf eine Genderpolitik, die zur Gleichberechtigung von Mann und Frau führen sollte. So erhielten Frauen zum Beispiel bereits im Jahr 1934 das aktive und passive Wahlrecht. Wie fortschrittlich diese Politik war, wird daran deutlich, dass derartige Reformen in vielen europäischen Gesellschaften der 1930er Jahre noch unvorstellbar waren. Abweichungen von dem heterosexuellen binären Geschlechtersystem traten angesichts dieses großen Projekts in den Hintergrund und wurden nicht thematisiert. Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern dieser Jahre hat die Republik Türkei Homosexualität nicht als Straftatbestand eingeführt, sondern die Gruppe der Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intergeschlechtlichen bis in die 1960er Jahre

⁷ Zitiert nach Zülfükar Çetin (2012), *Homophobie und Islamophobie. Intersektionale Diskriminierungen binationaler schwuler Paare in Berlin*. Bielefeldt, transcript.

schlicht ignoriert. Bis zu den 1960er Jahren genossen LSBTI-Personen große Freiheiten. Sie konnten z.B. in Theatern, Musik- und Nachtclubs öffentlich auftreten. Ein Paradebeispiel dafür ist der damals weithin bekannte Sänger Zeki Müren, dessen Lieder und effeminierter Auftritt noch heute im gesellschaftlichen Gedächtnis bestehen, weshalb Müren für viele LSBTI-Personen noch immer als Vorbild fungiert. Auch wenn Müren sich keiner politischen Bewegung anschloss, war er für die spätere Queer-Bewegung sehr wichtig, weil er mit seinem Handeln, Reden und seiner Kunst heteronormative Geschlechterbilder in Frage gestellt hat. Die damalige breite gesellschaftliche Anerkennung Mürens zeigt sich daran, dass er nicht nur die „Sonne der Kunst“, sondern auch „Pascha“ (militärischer Würdenträger) genannt wurde. Er war jedoch nicht allein. In den 1960er Jahren bestand im Istanbul-Bezirk Beyoğlu eine Queer-Szene, die bereits damals eine lange Geschichte in der Stadt hatte⁸ und sich ihrer Freiheiten bis in die erste Hälfte der 1970er Jahre erfreuen konnte. Zeitzeug/innen berichten, dass sie in den 1970er Jahren im Rotlicht-Milieu um die Abanoz-Straße, in den Bordellen und Nachtclubs von Beyoğlu problemlos als Sängerinnen und als Sexarbeiterinnen aktiv sein konnten. Eines der ersten Bordelle in der neuen Republik, in dem auch Trans-Sexarbeiterinnen arbeiten konnten, wurde im Jahr 1973 eröffnet.⁹ Sogar aus anderen Ländern, wie Frankreich, Italien oder der UdSSR, kamen damals Transsexuelle in die Stadt, um als Sexarbeiterinnen tätig zu sein.¹⁰ Ihre medizinische Versorgung war damals gewährleistet, und ihre Sicherheit weitgehend gegeben. Obwohl es vereinzelt „Kontrollen“ gegeben hat, sprach man noch nicht von polizeilicher Repression.¹¹

Diese Situation änderte sich jedoch nach dem Regierungswechsel 1974. In jenem Jahr gewann die Republikanische Volkspartei (*Cumhuriyet Halk*

⁸ Wie Fn. 1.

⁹ Yonca Cingöz im Gespräch mit einer der ältesten noch lebenden Trans-Sexarbeiterinnen „Deniz Anne“; *Yine olsa yapardım, ruhumda var!*, 7.6.2007, <http://www.kaosgl.com/sayfa.php?id=1210>. (Zugriff am 27.9.2015).

¹⁰ Esmeray, Belgin Çelik, „Abanoz’dan Tarlabası’na Travesti ve Transseksüeller“, in *Kaldırım* 2011, <http://panel.stgm.org.tr/vera/app/var/files/u/n/unknown-parameter-value.pdf> (Zugriff am 27.9.2015).

¹¹ Wie Fn. 10.

Partisi, CHP) die Parlamentswahlen, musste aber mit der pro-islamischen Nationalen Heilspartei (*Milli Selamet Partisi, MSP*) koalieren, um die Regierung bilden zu können. Das allgemeine politische Klima wirkte sich unmittelbar auf Transpersonen und andere Queers aus.

In der Koalition übernahm die MSP das Innenministerium, das für das Personenstands- und Meldewesen und für die Aufsicht über die Gebietskörperschaften zuständig ist und dem die Polizei, die Verwaltung und Sicherheit der Provinzen sowie Küstenwache unterstehen. In den Zuständigkeits- und Aufgabenbereichen des Innenministeriums fielen damit auch die LSBTI-Personen, die folgend unmittelbar von repressiver Politik betroffen waren.

Die Koalition hielt zwar lediglich zehn Monate, doch dieser Zeitraum genügte, die Bordelle und Clubs in der Abanoz-Straße zu schließen. Diese Zeit ist durch massive polizeiliche Repressionen, besonders gegen Trans-Sexarbeiterinnen, geprägt. Das Ordnungs- und Sicherheitsamt der Polizei (*Asayiş ve Emniyet Müdürlüğü*) ging jetzt koordiniert und umfassend gegen LSBTI-Personen vor.¹² Auch die Erwerbsmöglichkeiten von effeminierten Männern und Transpersonen wurden in diesen Jahren polizeilich eingeschränkt, sie durften im Gegensatz zu frühen Zeiten nur noch bedingt und begrenzt in Kneipen oder Bars arbeiten.¹³ Es setzte eine systematische Verfolgung ein und die Queers in Istanbul wurden nicht nur aus ihren Arbeitsstätten, sondern auch aus ihren Wohngebieten verdrängt. Trotz bzw. aufgrund der polizeilichen Repressionen bildete sich in Teilen der türkischen Queer-Community eine kollektive politische Identität heraus. Nicht nur in Istanbul, sondern auch in Izmir und Ankara führten LSBTI-Personen Existenz- und Emanzipationskämpfe gegen institutionelle Repressionen. Die erste Queer-Gruppe organisierte sich in Ankara unter dem Namen *Şarololar Derneği*.¹⁴ Es war ein erster, aus unbekanntem Gründen gescheiterter Versuch, als Queer-Verein an die Öffentlichkeit zu treten. In Izmir unternahm der Aktivist İbrahim Eren den Versuch, LSBTI-Personen zu

¹² Siyah Pembe Üçgen, *80'lerde Lubunya Olmak, Sihay-Pembe Üçgen*, Izmir 2011.

¹³ Wie Fn. 10.

¹⁴ Arslan Yüzgün, *Türkiye'de Eşcinsellik (Dün, Bugün)*, İstanbul 1986.

organisieren.¹⁵ Im Rahmen des Vereins für öffentliche Gesundheitsfürsorge, Izmir (*Izmir Çevre Sağlığı Derneği*) führte er in seiner Wohnung mit Lesben und Schwulen therapeutische Einzel- und Gruppengespräche.

Diese Entwicklung in der Türkei war mit großer Wahrscheinlichkeit auch von den Stonewall Riots im Jahr 1969 in New York City beeinflusst. Dort wehrte sich die Queer-Community gegen Polizeigewalt; ihr Widerstand hat sich weltweit in das kollektive Gedächtnis der Queer-Communities eingebrannt. In der Türkei gab es eine Reihe von finanziell unabhängigen und gut situierten LSBTI-Personen, die von Stonewall beeinflusst waren und emanzipatorisch aktiv sein wollten. Sie beteiligten sich an linken Initiativen, diskutierten öffentlich über die Lebensbedingungen von LSBTI-Personen und unterstützten konkrete Schritte in Richtung der Bildung einer organisierten Bewegung.

Heute sehen Aktivist/innen und Beobachter/innen in der damals einsetzenden Repression den Keim für die politische Bewegung der Queer-Personen in der Türkei. So werden die Anfänge der Bewegung auf die 1970er Jahre datiert, eine Annahme, der hier gefolgt wird, auch wenn es nur wenig schriftliche Quellen darüber gibt.

1.2. Die 1980er Jahre

Die Organisationsversuche in den 1970er Jahren wurden mit dem Militärputsch am 12. September 1980 abrupt beendet. In dessen Folge wurden die Tätigkeiten zahlreicher Vereine und Gewerkschaften eingeschränkt¹⁶ sowie alle politischen Parteien verboten.¹⁷ Die Vorsitzenden der drei größten Parteien wurden mit einem Politikverbot belegt. Das Parlament wurde aufgelöst und trat erst nach den Wahlen von 1983 wieder zusammen. Die Armee setzte ein

¹⁵ Deniz Yıldız, „Türkiye tarihinde eşcinselliğin izinde eşcinsellik hareketinin tarihinden satır başları: 1:80'ler“. In: *KaosGL*, Jahr 2007, Nr.: 92, S. 48-51.

¹⁶ Abdulvahap Akıncı, „Türk Siyasal Hayatında 1980 Sonrası Darbeler ve E-Muhtıra“, in: *Trakya Üniversitesi Sosyal Bilimler Dergisi*, Dezember 2013, Band 15, Nr. 2, S. 39-58.

¹⁷ Siehe Anfrage des BDP-Parlamentarier Sarri Salik vom 14.10.2011 auf der Website des türkischen Parlaments, <http://www2.tbmm.gov.tr/d24/10/10-0115.pdf> (Zugriff am 29.9.2015).

Technokraten-Kabinet ein.¹⁸ Die Demonstrations-, Vereinigungs-, Presse- und Meinungsfreiheit wurden jeweils stark eingeschränkt. An der Tagesordnung waren außerdem willkürliche Festnahmen, massenhafte Anwendung von Folter und Ausbürgerungen. Es wurden 517 Todesurteile verhängt und 50 davon vollstreckt.¹⁹ Schulen und Universitäten wurden einer massiven Militarisierung unterzogen.

Als die Arbeiterpartei Kurdistans (*Partiya Karkerên Kurdîstan, PKK*) im Jahr 1984 ihren „bewaffneten Kampf für die Befreiung Kurdistans“ aufnahm, wurde dieser Prozess nochmals intensiviert. Dass der damalige Minister- und spätere Staatspräsident Turgut Özal (1983-1993) eine Entschärfung des Kurdenkonflikts zu erreichen versuchte, minderte die Repression zunächst nicht.²⁰ Das Militärregime ging primär gegen linke und rechte politische Organisationen vor, die sich vor dem Putsch bewaffnete Kämpfe geliefert hatten und in den 1970er Jahren für zahlreiche politisch motivierte Morde verantwortlich waren. Die anhaltende polizeiliche, juristische und militärische Repression führte dazu, dass zahlreiche Aktivist/innen nach Europa und in die USA flüchteten, wo sie sich antimilitaristischen, ökologischen und feministischen Bewegungen anschlossen und dadurch Einblicke in die dortigen neuen sozialen Bewegungen bekamen. Das gilt auch für Angehörige der Queer-Bewegung. Die Erfahrungen dieser temporären Exilanten sollten später für die neuen sozialen Bewegungen in der Türkei prägend werden. Der Militärputsch vernichtete die radikale Linke weitgehend, schwächte vorübergehend die radikale Rechte und öffnete

¹⁸ Am 24. April 1983 wurde das Parteiengesetz neu gefasst (siehe *Siyasi Partiler Kanunu*, <http://www.mevzuat.gov.tr/MevzuatMetin/1.5.2820.pdf>). Gleich darauf wurde am 20. Mai 1983 die Mutterland Partei (Anavatan Partisi, ANAP) gegründet. ANAP konnte am 6. November 1983 die ersten Parlamentswahlen nach dem Putsch mit ca. 45% der Stimmen gewinnen und die Regierung bilden.

¹⁹ Offizielle Webseite des türkischen Parlaments (TBMM): Report der Forschungskommission der großen Nationalversammlung, „Reihennummer. 376, Band 1“. https://www.tbmm.gov.tr/sirasayi/donem24/yil01/ss376_Cilt1.pdf (Zugriff am 25.9.2015).

²⁰ Gülistan Gürbey, „Der Kurdenkonflikt“ Website der Bundeszentrale für politische Bildung, 12.8.2014, www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/185907/der-kurdenkonflikt (Zugriff am 29.8.2015).

damit ungewollt den öffentlichen und politischen Raum für neue soziale Bewegungen, zu denen auch die Queer-Bewegung zählt.

Von den repressiven Maßnahmen des Militärregimes waren auch die LSBTI-Personen betroffen, die zunächst aus Ankara und dann aus Istanbul vertrieben wurden.²¹ Im Jahr 1981 wurden 50 bis 60 Trans-Sexarbeiterinnen mit der Eisenbahn aus den städtischen Bereichen Istanbuls in Randgebiete der Stadt „deportiert“.²² Sie wurden an ihren Arbeitsplätzen im Bereich des Rotlicht-Milieus aber auch in ihren Wohnungen festgenommen und zunächst in die Polizeistelle *Sansaryan Han* in Sirkeci gebracht, in der auch andere politische Gefangene festgehalten wurden.²³ Im mehrtägig andauernden Polizeigewahrsam kam es zu psychischer und physischer Folter. Um die Gefangenen zu erniedrigen, rasierte man ihnen die Köpfe kahl.²⁴ Anschließend wurden sie vom Istanbuler Hauptbahnhof *Haydarpaşa* aus der Stadt abtransportiert. Am 19. März 1981 erließ das Innenministerium ein Bühnenauftrittsverbot für (effemierte) Männer und sogenannte Transvestiten, die in Frauenkleidern in den Nachtclubs arbeiteten. Über das persönliche Schicksal der in der Türkei sehr berühmten Transsängerin Bülent Ersoy erlangte dieses Verbot weithin Aufmerksamkeit. Um das Verbot zu umgehen, unterzog sich Ersoy am 14. April 1981 in London einer geschlechtsangleichenden Operation (von Mann zur Frau) und stellte anschließend einen Antrag auf Personenstandsänderung; sie wollte ihr neues, weibliches Geschlecht anerkannt sehen. Der Antrag wurde umgehend abgelehnt und Ersoy wurde weiterhin als „Mann in Frauenkleidern“ bzw. als Transvestit behandelt. Als Ersoy am 13. Juni 1981 in Istanbul im Frauenkostüm auftreten wollte, setzte der Istanbuler Gouverneur das Bühnenverbot gegen sie durch, und begründete sein Vorgehen mit dem Gesetz über die Aufgaben und Zuständigkeit der Polizei.²⁵

²¹ Wie Fn. 15.

²² Wie Fn. 15.

²³ Tayfur Cinemre, „Kızıldere Katliam'ın 38. Yılı Cihan Alptekin'le Sansaryan Han'da 43 Gün“, Nachrichtenwebsite *Bianet* vom 3.11.2010, <http://bianet.org/biamag/diger/121084-cthan-alptekinle-sansaryan-handa-43-gun> (Zugriff am 29.9.2015).

²⁴ Wie Fn. 15.

²⁵ Michelle Demishhevich, „Bir trans kadın gazetecinin kaleminde bir türlü temizlenemeyen toplumumuzun

Während Bülent Ersoy individuell um ihr Recht auf Personenstandsänderung und um die Anerkennung ihres weiblichen Geschlechts stritt, wehrten sich andere Transpersonen kollektiv. Die polizeilichen Maßnahmen bedrohten sie unmittelbar in ihrer Existenz und setzten sie der Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit aus.²⁶ Aus der repressiven Situation heraus entstanden individuelle und kollektive Abwehr- und Schutzreaktionen, die zu einer politischen Organisierung der Transpersonen, der Lesben und Schwulen führte. LSBTI-Personen suchten zunächst Unterstützung bei feministischen und linken Gruppen sowie Menschenrechtsorganisationen. Sie zeigten sich, wenn auch noch in sehr geringer Zahl, im öffentlichen Raum, organisierten Demonstrationen gegen Polizeigewalt, protestierten vor dem Arbeitsamt für die Schaffung von Arbeitsplätzen für Transpersonen und sammelten Unterschriften für die Einführung neuer Gesetze zur Legalisierung geschlechtsangleichender Operationen.

Unter der Regierung Turgut Özal wurde das Bühnenverbot für Bülent Ersoy am 7. Januar 1988 aufgehoben. Auch durfte sie aufgrund von Neuregelungen ihren Personenstand ändern. In der türkischen Gesetzgebung wurden geschlechtsangleichende Maßnahmen zum ersten Mal durch einen Zusatz zum §29 des Zivilgesetzbuches legalisiert. Dieser Zusatz regelte die Möglichkeit, den Eintrag im Personenstandsregister nach erfolgter Geschlechtsangleichung ändern zu lassen.²⁷ Der §29 Absatz II des Zivilgesetzbuches lautete:

„Wird die nach der Geburt vorgenommene Geschlechtsänderung zumindest durch den Bericht einer Gesundheitskommission nachgewiesen, werden im Personenstandsregister die erforderlichen Berichtigungen eingetragen. Das damit verbundene Gerichtsverfahren, betrifft – bei verheirateten Personen - auch den Ehegatten und die gemeinsamen Kinder. Das Gericht regelt

das Sorgerecht und die Ehe wird nichtig erklärt“.²⁸ Dieser Zusatz war ein erster Schritt in der türkischen Gesetzgebung für Transpersonen, die sich nun erstmals auf gesetzliche Regelungen berufen konnten.²⁹

Der Widerstand der Transpersonen und anderen Queers in den 1980er Jahren war jedoch nicht auf direkte aktuelle und kurzfristige Aktionen gegen Gewalt und Repression beschränkt. 1987 unternahmen einige Lesben und Schwule zusammen mit linken Aktivist/innen den Versuch, eine Partei, die Radikaldemokratische Grüne Partei (*Radikal Demokratik Yeşil Parti*), zu gründen, die sich explizit für die Rechte und Belange von LSBTI-Personen einsetzen sollte.³⁰ Darüber wurde in der Öffentlichkeit, in den politischen Parteien und im Parlament breit diskutiert. Dies führte zu einer öffentlichen Auseinandersetzung über Homosexualität im Allgemeinen, und die politischen Parteien sahen sich gezwungen, ihre Haltung zur Homosexualität offenzulegen.

Die Mitte-rechts angesiedelte Mutterland Partei (*Anavatan Partisi, ANAP*) vertrat die Auffassung, dass Homosexuelle medizinisch behandelt und anschließend in die Gesellschaft integriert werden sollten. Ihre ebenfalls rechts von der Mitte angesiedelte Konkurrentin, die Partei des Rechten Weges (*Doğru Yol Partisi, DYP*) sah Homosexualität nur als Abweichung von der gesellschaftlichen Norm. Die Demokratische Links-Partei (*Demokratik Sol Parti, DSP*) sprach sich dafür aus, Homosexuelle nicht zu diskriminieren und zu marginalisieren, weil ihre Lage das Resultat einer biologischen Fehlsteuerung sei. Aufgrund ihrer Einschätzung von Homosexualität als Krankheit, Unmoralität oder biologischer Deformation konnte keine dieser Parteien der Gründung einer Partei von oder für Homosexuelle etwas Positives abgewinnen.

Lediglich die Sozialdemokratisch populistische Partei (*Sosyaldemokrat Halkçı Partisi, SHP*)

yakın geçmişine bakışlar“. Website der LGBTI-Plattform, 1.1.2008, <http://platform24.org/lgbti/668-nefrete-inat-yasasin-hayat> (Zugriff am 27.9.2015).

²⁶ Wie Fn. 25.

²⁷ Yeşim M. Atamer, „Transsexualität. Staatsangehörigkeit und Internationales Privatrecht“, in: Jürgen Basedow und Jens M. Scherpe (Hg.), *Transsexualität, Staatsangehörigkeit und internationales Privatrecht: Entwicklungen in Europa, Amerika und Australien*, Tübingen 2004, S.74-79.

²⁸ Übersetzung von Zülfükar Çetin (im Folgenden Z.Ç) und Günter Seufert (im Folgenden G.S.).

²⁹ Yeşim M. Atamer, „Transseksüellerin Türk Hukukundaki Durumu“. Website der Schwulenorganisation Lambda, Istanbul,, 21.9.2009,

<http://www.lambdaistanbul.org/s/etkinlik/transseksuellin-turk-hukukundaki-durumu/> (Zugriff am 27.9.2015).

³⁰ Sezen Yalçın, „Siyasetin o biçimi: LGBTİ hareketinin anaakım siyasetle imtihanı“, in: *Birikim*, Nr. 308, Jahr 2014, S.6-11.

wandte sich nicht explizit gegen die Gründung einer solchen Partei. Allerdings sperrte auch sie sich gegen ein eigenes Gesetz zum Schutz und zur Gleichstellung von LSBTI-Personen, weil die Verfassung bereits die Gleichheit aller Bürger/innen garantierte.³¹

Unabhängig von den Diskussionen innerhalb der etablierten Parteien setzten sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre Initiativen zur Institutionalisierung von LSBTI-Initiativen und der Gründung der Partei RDYP fort. Die Initiator/innen gaben die Zeitschrift „Grüner Frieden“ heraus, in der es auch eine Rubrik mit dem Titel *Gey Liberasyon* gab.³²

Die Gründungsinitiative suchte die Zusammenarbeit mit der deutschen Partei Die Grünen und warb auf internationaler Ebene für das Projekt. Zwar scheiterte das Projekt, doch die Initiator/innen fanden andere Wege, ihre Forderungen zu artikulieren:

Beispielsweise organisierten sich die Transsexarbeiterinnen in Wohngemeinschaften, in denen sie sich gegenseitig politisch motivierten. Freilich gerieten selbst diese inoffiziellen Zusammenschlüsse zur Zielscheibe polizeilicher Gewalt. Mittels des Gesetzes über die Aufgaben und Zuständigkeiten der Polizei wurden Transpersonen willkürlich festgenommen oder in die Psychiatrie und spezielle Krankenhäuser für sexuell übertragbare Krankheiten eingewiesen.³³ Als Reaktion auf polizeiliche Razzien gegen Transpersonen kam es 1987 zu einem kollektiven Protest, der vor allem von Transsexarbeiterinnen sowie von einigen Lesben und Schwulen ausging und von der Initiative „Radikaldemokratische Grüne Partei“ unterstützt wurde. Am 29. April 1987 begannen 37 Transpersonen, Lesben und Schwule im Gezi-Park am Taksim-Platz einen zehntägigen Hungerstreik.³⁴ Die Protestierenden konnten neben der o.g. Initiative auch die Unterstützung von Nachbar/innen, einiger berühmter Künstler/innen und Intellektueller gewinnen. Der Hungerstreik wird in der gegenwärtigen Queer-Bewegung als

ein Wendepunkt gesehen. Er gilt als einer der wichtigsten öffentlichen Proteste in der Geschichte der Politisierung von LSBTI-Personen in der Türkei.

Eine Institutionalisierung im juristischen Sinne konnte in den achtziger Jahren noch nicht vollzogen werden, weshalb die LSBTI-Personen damals auch nicht in der Lage waren, Lobbyarbeit zu leisten, zivilgesellschaftliche Projekte, wie Aufklärungsarbeit, durchzuführen oder als zivilgesellschaftliche Akteur/innen in Gerichtsprozessen aktiv zu sein. In diesem Sinne hatte die Queer-Community keine „eigene“ Institution, die sich für ihre Rechte einsetzte und diese gegenüber der restlichen Gesellschaft und dem Staat einforderte. Aufgrund der fehlenden Institutionalisierung war es den vorhandenen Queer-Gruppen damals auch in aller Regel kaum möglich, auf nationaler oder internationaler Ebene juristisch gegen Menschenrechtsverletzungen vorzugehen.

1.3. Die 1990er Jahre

Während die Queer-Bewegung in den 1980er Jahren stark von Transpersonen geprägt war, waren die 1990er Jahre vor allem durch einen schwul-dominierten Aktivismus gekennzeichnet, der sich auf die Institutionalisierung der Bewegung konzentrierte. In den 1990er Jahren setzten sich Landflucht und Verstädterung ungebrems fort; die Zahl der Studierenden wuchs rasant und neoliberale Arbeitsverhältnisse wurden ubiquitär. Die Beziehung der Zivilgesellschaft zu westlichen Ländern gewann zunehmend an Bedeutung. Mit Unterstützung europäischer Queer-Organisationen vermochten es Queer-Gruppen erstmals, überdauernde Zusammenschlüsse zu gründen.³⁵ Unter dem Namen *Regenbogen '92 (Gökkuşuğu '92)* wurde eine Queer-Gruppe gegründet.³⁶ Die deutsche Initiative *Schwule International* regte 1993 an, gemeinsam mit Queer-Gruppen in Istanbul eine lesbisch-schwule Parade anlässlich des Christopher Street Day zu organisieren. Dieser Vorschlag ermutigte die türkischen Gruppen zu dem Entschluss, erste öffentliche Veranstaltungen

³¹ Wie Fn. 15.

³² Wie Fn. 15.

³³ Wie Fn. 15.

³⁴ Elif Ince, *LGBTİ: „Kaldırımın altından gökkuşağı çıkıyor“*, 8.12.2014, <http://www.bianet.org/bianet/lgbti/160544-lgbti-kaldirim-altindan-gokkusagi-cikiyor> (Zugriff am 27.9.2015).

³⁵ Wie Fn. 15.

³⁶ Wie Fn. 15.

gen, wie die besagte *Pride*, durchzuführen.³⁷ Der Versuch scheiterte jedoch am Verbot des Gouverneurs von Istanbul. Die geplante *Pride* würde den Gebräuchen und Werten der türkischen Gesellschaft widersprechen, so die Begründung. Nach diesem Verbot hat die Kommission für Menschenrechte des Europäischen Parlaments zum ersten Mal die Diskriminierung von LSBTI-Personen in den jährlichen Fortschrittsbericht zur Türkei aufgenommen. Dieses Verbot veranlasste außerdem unterschiedliche Queer-Gruppen, sich in einer neuen Initiative mit dem Namen *LambdaIstanbul* zusammenzuschließen.³⁸ 1994, ein Jahr nach *LambdaIstanbul*, gründete sich in Ankara die Initiative *KaosGL*, die ihre politische Arbeit mit einer LSBTI-Zeitschrift startete. Zu diesem Zeitpunkt wurde *LambdaIstanbul* Mitglied bei der ILGA (*International Lesbian and Gay Association*). Beide Initiativen wurden außerdem von türkischen Nicht-Regierungsorganisationen, wie z.B. dem AIDS-Bekämpfungsverein (*AIDS Savaşım Derneği*), dem feministischen „Lila Dach“ (*Mor Çati*) und dem Menschenrechtsverein (*İnsan Hakları Derneği, İHD*) unterstützt.³⁹

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre konzentrierte man sich auf die Themen, die die politische Agenda der Queer-Bewegung in den folgenden Jahren bestimmten: Institutionalisierung in Form einer juristischen Person, also als Verein, und Öffentlichkeitsarbeit im Sinne des öffentlichen Auftritts in der gesamten Gesellschaft. Die Tatsache, dass damals vor allem Schwule aus der Mittelschicht aktiv waren, führte zu Diskussionen über die Repräsentationspolitik innerhalb der Queer-Community, denn weder Lesben noch Transpersonen sahen sich ausreichend vertreten. So fand die pauschale Bezeichnung von LSBTI-Personen als „homosexuell“ in einzelnen Gruppen der Community keine Akzeptanz, weswegen sich die Queers in dieser Zeit ausdifferenzierten. Im Jahr 1995 wurde die erste lesbische Initiative der Türkei „Töchter von Venus“ (*Venus'ün Kızları*) gegründet.

Die Ausdifferenzierung innerhalb der Bewegung verhinderte jedoch nicht, dass die unter-

schiedlichen Gruppen gemeinsame Aktionen durchführten. Gruppen wie *KaosGL*, *Sappho'nun Kızları*, *Bursa Spartaküs* sowie ein LSBTI-Verein aus Deutschland, *die Schwule International*, organisierten beispielsweise zwischen 1998 und 2004 lesbisch-schwule Festtage in Istanbul und Ankara, die regelmäßig zwei Mal im Jahr stattfanden.⁴⁰ Neben diesen Aktivitäten konnten die Aktivist/innen auch ein offenes Radio speziell für die LSBTI gründen, politische Schriften veröffentlichen, andere Nicht-Regierungsorganisationen mobilisieren und die politischen Parteien (erneut) auf sich aufmerksam machen.

Im Jahr 1996 fand die zweite Gipfelkonferenz der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-HABITAT II) in Istanbul statt. Im Rahmen ihrer Vorbereitung wurden an zentralen Orten Istanbul „Säuberungsoperationen“ durchgeführt, von denen sozial benachteiligte Gruppen, Menschen, die aus ethnischen Gründen als bedrohlich oder gefährlich klassifiziert wurden, aber auch sexuell marginalisierte Personen betroffen waren.⁴¹ Istanbul sollte als eine Metropole dargestellt werden, in der mittelständische türkische Durchschnittsbürger/innen in Kleinfamilien leben und „angemessene“ Wohnflächen und moderne Einkaufszentren existieren. Trans- und andere Sexarbeiter/innen wurden zusammen mit Straßenhändlern, Obdachlosen, Drogenabhängigen aus den Innenstadtbezirken vertrieben. Die entsprechenden polizeilichen Razzien begannen am 21. Mai 1996 unter Verantwortung des Regierenden Bürgermeisters Nusret Bayraktar.⁴² Am stärksten waren die Ülker Straße und ihre unmittelbare Nachbarschaft betroffen, in der damals Roma und Sinti, Kurd/innen, Einzel- und Straßenhändler/innen, Arbeits- und Obdachlose, alleinstehende Frauen und Männer, Trans- und andere Sexarbeiterinnen sowie Zuhälter/innen lebten. Proteste gegen die Polizeigewalt konnten die Vertreibungen zwar nicht verhindern, doch lenkten sie erneut internationale Aufmerksamkeit auf das Schicksal der Communities.

³⁷ Wie Fn. 15.

³⁸ *LambdaIstanbul, Özetle LambdaIstanbul ne yaptı?* <http://www.lambdaistanbul.org/s/hakkinda/ozetle-lambdaistanbul-ne-yapti/> (Zugriff am 27.9.2015).

³⁹ Wie Fn. 38.

⁴⁰ Deniz Yıldız, „Türkiye tarihinde eşcinselliğin izinde eşcinsellik hareketinin tarihinden satır başları: 2:90'lar,“ In: *KaosGL*, Jahr 2007, Nr.: 93, S. 46-49.

⁴¹ Pınar Selek, *Maskeler Süvariler Gacılar*, Istanbul 2007.

⁴² Wie Fn. 40.

1.4. Die 2000er Jahre

Nach ihrer offiziellen Anerkennung als Kandidat für den Beitritt zur Europäischen Union auf dem EU-Gipfel in Helsinki 1999 erhöhten sich die internationalen Erwartungen an die Türkei hinsichtlich Reformen zur Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit, der Lage der Minderheiten und der Zivilgesellschaft. Ankara reagierte mit der Verabschiedung einer Reihe sogenannter „Harmonisierungspakete“.⁴³

Zu den beschlossenen Gesetzes- und Verfassungsänderungen gehörten vor allem Neuregelungen, die die Gedanken- und Meinungsfreiheit, den Schutz vor Folter, die Freiheit und Sicherheit des Individuums, das Recht auf Privatsphäre, die Unverletzlichkeit der Wohnung, die Kommunikationsfreiheit, die freie Wahl des Wohnorts und die Freizügigkeit, die Vereinigungsfreiheit und die Gleichberechtigung der Geschlechter betreffen. Auf der zivilgesetzlichen Ebene sollten Änderungen auf den Gebieten der Geschlechtergleichberechtigung, des Schutzes des Kindes und der Schwachen sowie der Vereinigungsfreiheit vorgenommen werden.

Diese EU-bedingten Entwicklungen in der Türkei wirkten sich unmittelbar auf die Queer-Bewegung und ihre Mobilisierung aus und beeinflussten deren Institutionalisierungsprozess positiv:

- Die Bewegung wuchs in dieser Zeit deutlich an. Die Initiativen zur Institutionalisierung nahmen zu und die Kontakte zu NGOs, einzelnen Parlamentarier/innen sowie zu politischen Parteien intensivierten sich.
- Die Bewegung strebte in dieser Phase vor allem Sichtbarkeit im öffentlichen Raum, sowie in der Kommunal- und Parlamentspolitik an. Weitere wichtige Ziele waren die Bekämpfung der institutionalisierten Diskriminierung durch Polizei und Richter/innen sowie Schutz auf der gesetzlichen Ebene, wie zum Beispiel durch die Verfassungsänderung oder durch strafrechtliche

⁴³ Republik Türkei, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Generalsekretariat für EU-Angelegenheiten, Politische Reformen in der Türkei, 2004, Republik Türkei Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Generalsekretariat für EU-Angelegenheiten, http://www.hukuk24.de/rechtsberatung/turkei/politische_reformen_in_der_turkei.pdf (Zugriff am 29.9.2015).

Maßnahmen gegen die Diskriminierung und Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung und Identität.

- Außerdem solidarisierte sich die Queer-Bewegung erstmals intensiv mit anderen sozialen Bewegungen des antimilitaristischen, und feministischen Spektrums, der Umweltbewegung, der kurdischen und der Arbeiter/innenbewegung und bildete mit ihnen Allianzen. Zum Beispiel unterstützte sie am 1. Mai 2001 die demonstrierenden Arbeiter/innen auf der 1. Mai-Demonstration in Ankara.

Die Parlamentswahlen vom Herbst 2002 führten zur ersten Regierungsübernahme der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP). Aufgrund der starken Zersplitterung des Parteiensystems und eines extremen Mehrheitswahlrechts konnte die AKP mit nur 34,2%⁴⁴ der Wählerstimmen die absolute Mehrheit im Parlament erringen, was die politische und wirtschaftliche Lage des Landes langfristig fundamental verändern sollte. Die AKP, die sich selbst - trotz ihrer islamistischen Wurzeln - als konservativ-demokratische Partei präsentierte, erklärte die Erfüllung der politischen Kriterien von Kopenhagen zum Programm. In ihrem Wahlprogramm von 2002 propagierte sie eine umfassende Reform der Verfassung, die die Rechte aller Bevölkerungsgruppen unabhängig von ihren „Unterschieden“ garantieren sollte.⁴⁵ Der damalige Ministerpräsident Erdoğan sprach sich öffentlich für einen verfassungsrechtlichen Schutz aller Bevölkerungsgruppen aus, zu denen er auch LSBTI-Personen zählte. In einem TV-Beitrag kurz vor den Parlamentswahlen 2002 sagte er explizit, Homosexuelle sollten nicht nur ihre Rechte und Grundfreiheiten, sondern auch gesetzlich verbrieften Schutz genießen.⁴⁶ Auch das

⁴⁴ Die Ergebnisse der Parlamentswahlen 2002 auf der Nachrichtenwebseite NTV, <http://arsiv.ntv.com.tr/modules/secim2007/secim2002/> (Zugriff am 26.8.2015).

⁴⁵ AKP, Wahlprogramm, *Alles für die Türkei*, Ankara 2003 auf der Website des Parlaments, https://www.tbmm.gov.tr/eyayin/GAZETELER/WEB/KUTUPHANEDE%20BULUNAN%20DIJITAL%20KAYNAKLAR/KITAPLAR/SIYASI%20PARTI%20YAYINLARI/200304063%20AK%20PARTI%20SECIM%20BEYANNAMESI%202002/200304063%20AK%20PARTI%20SECIM%20BEYANNAMESI%202002%200000_0000.pdf (Zugriff am 28.7.2015).

⁴⁶ Gülsüm Depeli, *Anayasa Yazım Sürecine LGBT Müdahilliğinin Merkez Medyadaki Görünümü*, Hacettepe Üniver-

Wahlprogramm von 2007 nennt das Ziel einer Verfassungsreform, das bis zum 100. Jahrestag der Republik (2023) erreicht werden soll.

Die Alleinregierung der AKP brachte politische Stabilität und führte zu einem wirtschaftlichen Aufschwung. In einem zügigen Reformprozess wurde eine Reihe von Harmonisierungspaketen im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses verabschiedet.⁴⁷ was die darauffolgenden Wahlen vom Juli 2007 zu Gunsten der AKP beeinflusste.⁴⁸

Für den eingeschlagenen Weg bekam die AKP von weiten Teilen der Gesellschaft Anerkennung. Neben der Oppositionsführerin, der Republikanischen Volkspartei (CHP), befürworteten auch die Wirtschaft, die Hochschulen, die Zivilgesellschaft sowie die Mehrheit der Bevölkerung einen EU-Beitritt. Diese Phase war für die gesellschaftliche und juristische Lage der LSBTI von großer Bedeutung. Beispielsweise wurde im November 2004 im Rahmen der EU-Verhandlungen das türkische Vereinsgesetz reformiert. Vor der Gesetzesreform mussten sich Queer-Gruppen entweder als studentische Initiativen an den Universitäten organisieren, oder das Dach von linken Parteien, wie der Freiheit- und Solidaritätspartei (*Özgürlük ve Dayanışma Partisi, ÖDP*), von Menschenrechtsorganisationen, feministischen Gruppen oder Gewerkschaften nutzen. Nun konnten Interessengruppen mit wesentlich geringerem bürokratischem Aufwand Vereine gründen.

Das 1983 verabschiedete (alte) Vereinsgesetz hatte nicht nur Einschränkungen, sondern auch eine strikte Kontrolle der Vereine über alle ihre Aktivitäten festgeschrieben. Es untersagte Vereinen jegliche politische Arbeit und (Interessen-)Vertretung.⁴⁹ „Mit dem neuen Gesetz, [so die europäische Kommission,] wurden Beschränkungen für die Gründung von Vereinigungen auf Grundlage der Zugehörigkeit zu einer Rasse, Volksgruppe, Religion, Sekte, Region oder anderen Minderheitengruppen beseitigt. Zwar wird in dem neuen Gesetz auf verfassungsrechtliche Verbote verwiesen, aufgrund derer die Einrichtung bestimmter Arten von Vereinen eingeschränkt werden könnte, doch zeigt die Praxis in

sitesi, İletişim Fakültesi, Ankara 2013.

⁴⁷ Günter Seufert, „Türkei“, in: *Jahrbuch der Europäischen Integration* 2010.

⁴⁸ Günter Seufert, „Türkei“, in *Jahrbuch der Europäischen Integration* 2003/2004.

⁴⁹ Şerafettin Gökalp, „Yeni Dernekler Kanunu“, in: *TBB Dergisi*, Nr. 58., Jahr 2005.

jüngerer Zeit, dass zunehmend Vereinsgründungen gestattet werden, selbst wenn sie auf den derzeit verbotenen Kategorien beruhen“.⁵⁰ Das neue Gesetz begnügt sich damit, den Rahmen für Vereinsgründungen zu setzen und enthält nur noch 40 Artikel, wohingegen das alte Vereinsgesetz aus 97 Artikeln bestand.⁵¹ Es hebt eine Reihe von Beschränkungen auf, die nach dem Militärputsch 1980 eingeführt wurden und erleichtert damit der Zivilgesellschaft, sich in Vereinen, Plattformen und Stiftungen zu organisieren.⁵² Explizit sieht es keine Einschränkungen hinsichtlich der Gründung von LSBTI-Vereinen vor, doch das Kriterium „Schutz der allgemeinen Moral und der gesellschaftlichen Ordnung“ bleibt ein Damoklesschwert.

Nach der Verabschiedung dieses Gesetzes wurde zunächst der LSBTI-Verein *Bursa Regenbogen (Bursa Gökkuşuğu LGBTT Derneği)* gegründet. Im Jahr 2005 wurde die lesbisch- und schwule Initiative mit dem Namen *KaosGL* als Verein registriert. Ein Jahr nach *KaosGL* wurde in Istanbul ein weiterer LSBTI-Verein mit dem Namen *LambdaIstanbul* gegründet.⁵³ Inoffiziell waren beide Zusammenschlüsse schon seit den 1990er Jahren gegen die Diskriminierung von LSBTI im öffentlichen Raum aktiv gewesen. Diese positive Entwicklung war ausschließlich dem Beitrittsprozess zur EU geschuldet und kein Anzeichen für eine tolerante LSBTI-Politik der AKP-Regierung. Das zeigte sich an der Haltung der Partei in der Diskussion um das neue Strafgesetzbuch (*Türk Ceza Kanunu*), das im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen im Jahre 2004 verabschiedet wurde.⁵⁴ Queer-Initiativen, wie *KaosGL* und *LambdaIstanbul* hatten Kontakte zu Parlamentarier/innen aufgenommen und auf die Notwendigkeit von verfassungs- und strafrechtlichen Schutzzvorschriften für LSBTI vor

⁵⁰ Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, 2005, http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/2004/rr_tr_2004_de.pdf (Zugriff am 25.8.2015).

⁵¹ Wie Fn. 50.

⁵² Heinrich-Böll-Stiftung, *Politischer Jahresbericht*, 15. Juli 2004 – 15. Juli 2005, Länderbüro Türkei, 2005, https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/weltweit/Istanbul2005.pdf (Zugriff am 29.9.2015).

⁵³ Wie Fn. 38.

⁵⁴ Mehrap Söyler, „Der demokratische Reformprozess in der Türkei“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 39–40/2009.

Gewalt und Diskriminierung aufmerksam gemacht.⁵⁵ Ihre Forderungen fanden beim Rechtsausschuss des Parlaments (TBMM) Gehör und wurden in den Gesetzesentwurf aufgenommen. Doch der damalige AKP-Justizminister Cemil Çiçek lehnte die entsprechende Regelung ab. Seiner Meinung nach würde das Schutzmerkmal „Geschlecht“ auch die „Sexuelle Orientierung und Identität“ einschließen, weshalb eine explizite Nennung von sexueller Orientierung und Identität nicht nötig sei.⁵⁶ Çiçek verhinderte dadurch den gesetzlichen Schutz von LSBTI.⁵⁷ Als weiteres Beispiel für die Anti-LSBTI-Politik der AKP gilt der Prozess gegen das Verbot von *LambdaIstanbul* im Jahr 2006. Muammer Güler, der von der AKP-Regierung eingesetzte Gouverneur von Istanbul, hatte mit den Begründungen „Verletzung der allgemeinen Moral und des Verstoßes gegen die Strukturen der türkischen Familie sowie Verstoß gegen das Vereinsgesetz“ den Verein verboten.⁵⁸ Der gegen das Verbot angestrebte Prozess dauerte zwei Jahre. Das Zivilgericht von Istanbul folgte am 29. Mai 2008 der Argumentation des Justizministers und hielt das Verbot aufrecht.⁵⁹ *LambdaIstanbul* legte Widerspruch gegen die Schließung ein. In diesem Zeitraum führten die Vereinsmitglieder und Aktivist/innen Unterschriftenkampagnen durch. Sie erhielten Unterstützung von EU-Parlamentarier/innen, nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen und einzelnen türkischen Parteipolitikern wie Sebahat Tuncel von der prokurdischen Demokratischen Gesellschaftspartei (*Demokratik Toplum Partisi, DTP*) und Ufuk Uras von der Freiheits- und

⁵⁵ Volkan Yılmaz, Hilal Başak Demirbaş, „Türkiye Büyük Millet Meclisinde Lezbiyen, Gey, Biseksüel ve Trans hakları Gündeminin ortaya çıkışı ve gelişimi: 2008-2014“, in: *Alternatif Politika*, Band 7, Nr. 2, Juni 2015.

⁵⁶ Emir Çelik, „LGBT'lere Bir Ayrımcılık da, 'Ayrımcılıkla Mücadele Taslağı'nda“, 3.3.2011, <http://www.bianet.org/english/azinliklar/127614-lgbtlere-bir-ayrimcilik-da-ayrimcilikle-mucadele-taslagi-nda> (Zugriff am 27.9.2015.)

⁵⁷ Wie Fn. 55.

⁵⁸ Human Rights Watch, *Kurtuluşumuz için bize bir yasa gerek*, Ankara, 2008, <http://www.hrw.org/reports/2008/turkey0508/turkey0508tuweb.pdf> (Zugriff am 29.9.2015).

⁵⁹ Firat Söyle, „*LambdaIstanbul*'a Karşı Kapatma Davası Kronolojisi“, 29.4.2009, <http://www.bianet.org/bianet/toplumsal-cinsiyet/114196-lambdaistanbula-karsi-kapatma-davasi-kronolojisi> (Zugriff am 29.9.2015).

Solidarität-Partei, (*Özgürlük ve Dayanışma Partisi, ÖDP*).⁶⁰ Im April 2009 erging das Urteil zugunsten des Vereines. Der Prozess trug wesentlich zur Sichtbarkeit von LSBTI und zur Solidarität mit ihnen bei.⁶¹

Die erste Regierungszeit der AKP war somit von Entwicklungen geprägt, die sich sowohl zum Vor- als auch zum Nachteil der Queer-Bewegung auswirkten. Im Jahr 2007 fanden in der Türkei Parlamentswahlen statt, bei denen die AKP mit 46% deutlich mehr Stimmen als bei den vorherigen Wahlen erzielen konnte. Doch nicht nur die konservative Seite konnte Erfolge verbuchen: Auch die LSBTI-Bewegung verzeichnete eine sichtbare Mobilisierung, Stärkung und Akzeptanz in der Gesellschaft. Während die AKP immer mehr Wähler/innen gewann, waren LSBTI-Initiativen immer öfter im öffentlichen Raum sichtbar. Parallel zur politischen Präsenz und Dominanz der AKP erhoben die LSBTI-Personen verstärkt Anspruch auf Gleichberechtigung. Dem Konservatismus der AKP zum Trotz – in einer Art emanzipatorischer Gegenreaktion – organisierten sich Queer-Gruppen an den Universitäten, im Gesundheits- und Bildungsbereich oder auf dem Arbeitsmarkt. Je sichtbarer die LSBTI-Bewegung wurde, desto stärker reagierten die AKP-Politiker/innen auf sie.

Ab 2007, der zweiten Regierungszeit der AKP, traten diese Konflikte stärker hervor. Ein Beispiel ist die Äußerung von Selma Aliye Kavaf, der damaligen AKP-Ministerin für Familie und Frauen, die Homosexualität als eine biologische Störung bezeichnete und damit einen Aufschrei unter den Queers auslöste.⁶² Als Reaktion auf diese diskriminierende Rhetorik der AKP und deren Niederschlag in der Justiz, im Gesundheitswesen und in der Öffentlichkeit bildete sich 2007 das Bündnis aus mehreren Queer-Vereinen und Organisationen mit dem Namen „Plattform für LSBTI-Rechte“ (*LGBTİ-Hakları Platformu*). Sie dokumentiert, publiziert und berichtet jährlich über Fälle von Diskriminierung und organisiert Veranstaltungen, zu denen auch Parteipolitiker/innen eingeladen werden. Im Jahr 2008 forderten Vertreter der Plattform die grundsätzliche Gleichstellung vor dem Gesetz, und verlangten dafür die Änderung von §10 der

⁶⁰ SPoD, *Yerel Siyasette LGBTİ Hakları*, Istanbul 2014.

⁶¹ Wie Fn. 60.

⁶² Wie Fn. 55.

türkischen Verfassung. Die Merkmale „sexuelle Orientierung“ und „sexuelle Identität“ sollten in die Verfassung aufgenommen werden. Doch die AKP wollte LSBTI-Personen, die angeblich mit den Werten und der Moral der türkischen Gesellschaft nicht übereinstimmen, nicht als schutzwürdige Gruppe anerkennen. Queer-Gruppen intensivierten daraufhin ihre politische Arbeit.

1.5. Post-Gezi

Das Jahr 2013 markierte nicht nur für Queer-Organisationen, sondern auch für andere soziale Bewegungen und für weite Teile der türkischen Gesellschaft einen Wendepunkt. Mit den Massenprotesten rund um den Gezi-Park am Istanbuler Taksim-Platz, der einem großen Einkaufszentrum weichen sollte, entstand eine der größten Protestaktionen, die das Land bisher erlebt hatte. Auf dem Taksim-Platz finden seit Jahren Veranstaltungen, Demonstrationen und Feierlichkeiten statt. Spätestens seit den bis heute ungeklärten Schüssen auf Gewerkschafter am 1. Mai 1977, die den Tod von 34 Menschen zur Folge hatten, ist der Platz zum Symbol der Arbeiterbewegung geworden. Der Taksim-Platz steht jedoch nicht nur als Symbol für die linke Bewegung. Hier befindet sich das im Land bekannteste Atatürk-Denkmal und das große Atatürk-Kulturzentrum (gewissermaßen die Oper Istanbul), und hier wollte der islamistische Ministerpräsident Necmettin Erbakan in den 90er Jahren eine große Moschee errichten. Der Platz ist deshalb der zentrale Ort für die symbolischen Kämpfe zwischen Islamisten und Laizisten.

Der anliegende Gezi-Park weist vor diesem historischen Hintergrund eine große Bedeutung als öffentlicher Ort auf. Für die Öffnung der Queer-Bewegung zur Gesellschaft waren die Massenproteste von 2013 für den Erhalt des Gezi-Parks signifikant, da bei den Protesten unterschiedliche Gruppen aus verschiedenen Bewegungen zusammen kamen. LSBTI-Personen waren in der Auseinandersetzung besonders sichtbar und aktiv daran beteiligt, Widerstand gegen eine neoliberale Stadtpolitik zu leisten. Während der Proteste haben sie einen LSBTI-Block gebildet, der eigene Demonstrationen,

Kundgebungen, und Diskussionsveranstaltungen organisierte. Der Höhepunkt der Aktivitäten des LSBTI-Blocks war eine Demonstration anlässlich des CSD (*Christopher Street Day*), an dem durch den Einfluss der Gezi-Proteste ca. 100 000 Menschen teilnahmen.

Die dadurch aufgebauten Netzwerke ermöglichten LSBTI-Aktivitäten in bislang verschlossenen Bereichen. LSBTI-Personen begannen, sich in die Lokalpolitik einzubringen. Zeitgleich wurden an einigen Universitäten in Istanbul und Ankara die Fächer „Queer Studies“ und „Genderforschung“ eingerichtet.

Auch bei der Agitation politischer Parteien gab es Fortschritte. Eine Reihe von CHP-Abgeordneten, unter ihnen Binnaz Toprak, Rıza Türmen, Melda Onur, Mahmut Tanal, İlhan Cihaner, Hüseyin Aygün und Aykan Erdemir wurden auf LSBTI-Rechte und -Forderungen aufmerksam gemacht und mobilisiert.

Ein wichtiges Ergebnis stellt die kleine parlamentarische Anfrage des CHP Parlamentariers Mahmut Tanal dar, der sich für die explizite Nennung von LSBTI-Personen in Antidiskriminierungsvorschriften aussprach. In der BDP wurden Queer-Gruppen gegründet. Auch auf kommunaler Ebene waren positive Entwicklungen zu verzeichnen, wie z.B. die Einrichtung einer Poliklinik für LSBTI-Personen und Sexarbeiter/innen im Istanbuler Stadtteil *Şişli*.⁶³ Während und nach den Gezi-Protesten wurden in mehreren Regionen der Türkei zahlreiche neue Queer-Organisationen, mit oder ohne den Status einer juristischen Person, gegründet. Zu diesen Zusammenschlüssen gehören zum Beispiel das „Trans Solidaritätszentrum“ (*Trans Dayanışma Derneği – T-DER*) und „Roter Regenschirm“ (*Kırmızı Şemsiye*) in Ankara, sowie *Queer Adana*, *Mersin LGBT 7 Renk*, *İskenderun Özgürlüğün Renkleri LGBT* oder *Dersim Roştıya Asmê (Ay Işığı) LGBTİ* im anatolischen Tunceli. Heute gibt es in der Türkei schätzungsweise fünfzig Queer-Organisationen, die Mehrheit von ihnen hat jedoch noch keinen Status als juristische Person. Im Vorfeld der Kommunalwahlen im Jahr 2014 trafen die Vertreter/innen des Vereins *SpoD* und der

⁶³ Çiçek Tahaoğlu, „*Şişli Belediyesi'nden LGBT'lere Sağlık Hizmeti*“, 15.10.2014, <https://m.bianet.org/bianet/saglik/159200-sisli-belediyesi-nden-lgbti-lere-saglik-hizmeti> (Zugriff am 27.9.2015).

“Plattform für politische Repräsentation und Partizipation der LSBT” (*LGBT Siyasi Temsil ve Katılım Platformu*) den CHP-Vorsitzenden Kemal Kılıçdaroğlu, den stellvertretenden Vorsitzenden Gürsel Tekin und die CHP-Abgeordnete Melda Onur. Kemal Kılıçdaroğlu versprach in diesem Treffen die Nominierung von LSBTI-Kandidat/innen bei den Kommunalwahlen, zumindest in den großen Städten wie in Istanbul, Ankara und Izmir.⁶⁴

2. Forderungen der Queer-Bewegung⁶⁵

Heute richten sich die Forderungen der Bewegung vor allem auf die Reform der Verfassung, des Strafgesetzbuchs, des Arbeitsrechts und des Zivilgesetzbuchs. Alle hier erwähnten Gesetze sind im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen sowie vor und während der Regierungszeit der AKP bereits einmal oder sogar mehrmals geändert worden.

2.1. Reformierung des Strafgesetzbuchs §§ 3 und 122

Der §3 Absatz 2 des Türkischen Strafgesetzbuchs (TCK) vom 26.9.2004 lautet: *„Bei der Anwendung des Strafgesetzes darf niemand aufgrund seiner Rasse, Sprache, Religion, Konfession, Nationalität, Hautfarbe, seines Geschlechts, seiner politischen oder sonstigen Überzeugung und Weltanschauung, seiner nationalen oder sozialen Herkunft, sowie seiner ökonomischen oder*

⁶⁴ SPoD, “SPoD ve LGBT Siyasi Temsil ve Katılım Platformu Temsilcileri CHP Genel Başkanını Ziyaret Etti”. November 2014, Website der SPoD, <http://www.spod.org.tr/turkce/spod-lgbt-ve-lgbt-siyasi-temsil-ve-katilim-platformu-temsilcileri-chp-genel-baskani-kemal-kilicdaroglunu-ziyaret-etti/> (Zugriff am 1.9.2015).

⁶⁵ Dieses Kapitel basiert vor allem auf den Gesprächen mit Expert/innen in der Türkei, die sich wissenschaftlich, politisch und juristisch mit LSBTI-Thematiken auseinandersetzen. Zu den Gesprächspartner/innen gehören LSBTI-Vereinsvertreter/innen, kommunal- und parteipolitisch aktive LSBTI-Personen und Wissenschaftler/innen. Die Interviews wurden im November 2014 in Istanbul und im Februar 2015 in Ankara in türkischer Sprache mit den Vertreter/innen folgender Vereine durchgeführt: Trans Dayanışma Derneği – T-DER, HDP, Istanbul LGBT, CHP, LambdaIstanbul, KaosGL, HDK, SPOD und Amargi.

*sonstigen gesellschaftlichen Lage wegen benachteiligt oder bevorzugt werden“.*⁶⁶

Im Mai 2013 wurde der §122 des TCK eingefügt, der erstmals Hassverbrechen unter Strafe stellt.

„1) Wer durch Unterschiede der Rasse, Nationalität, Hautfarbe, des Geschlechts, politischer Ansicht, philosophischer Überzeugung, sowie der Religion, der Konfession begründetem Hass jemandem

a) den Verkauf, die Übergabe oder die Vermietung öffentlich zum Verkauf angebotenen beweglichen oder nichtbeweglichen Eigentums,

b) den Genuss öffentlich angebotener Dienste,

c) die Beschäftigung oder die allgemein übliche wirtschaftliche Betätigung verwehrt,

*wird mit Gefängnis von einem bis zu drei Jahren bestraft“.*⁶⁷

Diese Änderung des Strafgesetzes regelt mit den oben zitierten Artikeln die Bekämpfung der Diskriminierung im öffentlichen und wirtschaftlichen Bereich und formuliert erstmals den Straftatbestand von Hassverbrechen und -vergehen. Allerdings wurde auch bei den letzten Änderungen des StGB vom März 2014 versäumt, die Merkmale „ethnische Zugehörigkeit“, „sexuelle Orientierung und Identität“ in den Kriterienkatalog aufzunehmen. Deshalb können Roma, Kurd/innen und LSBTI-Personen bei Diskriminierungen oder Hasskriminalität ihre Rechte nur unter Schwierigkeiten geltend machen.⁶⁸ Beispielsweise würde die Entlassung eines schwulen Lehrers mit der allgemeinen Moral der Gesellschaft gerechtfertigt und seine sexuelle Orientierung könnte als „gesellschaftlichen Werten widersprechend“ dargestellt werden. Solchen Schuldzuweisungen sind auch Transsexarbeiterinnen ausgesetzt. Umgekehrt nutzten transphobe Gewalttäter solche Werturteile, um straffrei auszugehen. Die Begriffe „Moral“ und „soziale Ordnung“ sind in der Verfassung fest verankert und werden in gerichtlichen Prozessen oft gegen LSBTI-Personen verwendet. Die fehlende explizite Erwähnung

⁶⁶ Türkisches Strafgesetz 2004, Übersetzung Z. Ç. und G.S., zitiert nach dem offiziellen Gesetzesarchiv, <http://www.mevzuat.gov.tr/MevzuatMetin/1.5.5237.pdf> (Zugriff am 27.9.2015).

⁶⁷ Wie Fn. 66.

⁶⁸ European Commission, *Turkey 2014 Progress Report*, http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2014/20141008-turkey-progress-report_en.pdf (Zugriff am 27.9.2015).

von sexueller Orientierung als Grund für verbotene Diskriminierung gewährt den Gerichten einen breiten Ermessensraum, den sie oft gegen LSBTI-Personen nutzen. Zum Nachteil von LSBTI-Personen ist auch, dass es seit der Einführung des Hass-Begriffes als Diskriminierungsgrund und Gewaltmotivation bisher keine Richtlinien für die statistische Erfassung dieser Straftaten gibt,⁶⁹ was zur willkürlichen Auslegung und Erfassung von kriminellen Handlungen führt.

Ein erster zivilgesellschaftlicher Vorstoß zur Einführung des Straftatbestandes Hassverbrechen erfolgte zwischen Juni 2011 und Dezember 2012 in einer Zusammenarbeit von 70 Nichtregierungsorganisationen und zweier politischer Parteien, der CHP und der BDP.⁷⁰ Unter der Führung des „Vereins für Sozialen Wandel“ (*Sosyal Değişim Derneği*) wurde zunächst ein Bündnis mit dem Namen „Plattform zum Gesetz über Hassverbrechen“ (*Nefret Suçları Yasası Platformu*) gebildet, der alevitische, kurdische, linke, feministische sowie antimilitaristische Vereine, Menschenrechtsorganisationen, Einzelpersonen und LSBTI-Gruppen beitraten. Die Plattform formulierte insgesamt 21 Änderungsvorschläge für das Gesetz. In seinem Entwurf klassifizierte das Bündnis auch Straftaten gegen LSBTI-Personen als Hassverbrechen.⁷¹ Die im Bündnis entworfenen Vorschläge für Gesetzesänderungen wurden am 3. Dezember 2012 von dem CHP-Abgeordneten Aykan Erdemir im Parlament zur Diskussion gestellt.⁷² Auch wenn die Merkmale „sexuelle Orientierung und Identität“ im Strafgesetzbuch noch immer nicht

⁶⁹ KaosGL, (*Jahresreport von 2014*) *Cinsel Yönelim ve Cinsiyet Kimliği Temelli İnsan Hakları İzleme Raporu*, http://www.kaosglderneği.org/resim/yayin/dl/lgbt_nsan_haklar_raporu_kaosgl_2014.pdf, (Zugriff am 31.7.2015).

⁷⁰ Hasan Sınar, *Türk hukukunda nefret suçlarına ilişkin yasal düzenleme çalışmaları* (*Legislative Efforts Regarding to the Hate Crimes in Turkish Law in the Light of the Hate Crimes Legislations in Comparative Law*), 2013, <http://dspace.marmara.edu.tr/bitstream/handle/11424/2258/5000001567-5000000716-PB.pdf?sequence=1> (Zugriff am 2.8.2015).

⁷¹ Sosyal Değişim Derneği, *Nefret Suçları Yasa Kampanyası*, 2013, <http://www.sosyaldegisim.org/kampanyalar/kampanyalar/nefret-suclari-kampanyasi/> (Zugriff am 2.8.2015).

⁷² Wie Fn. 71.

als Schutzmerkmal im Gesetz existieren, gibt es seit dem Jahr 2014 weitere positive Entwicklungen in Bezug auf die juristische Anerkennung von Diskriminierung gegenüber LSBTI-Personen. Das Verfassungsgericht hat z.B. öffentliche Beleidigungen von LSBTI-Personen als Hassverbrechen anerkannt. Zwei der im Parlament vertretenen Parteien, HDP und CHP, haben 2014 und 2015 weitere Vorschläge für entsprechende Gesetzesänderungen im Parlament eingebracht sowie einen Antrag zur Untersuchung der Situation von LSBTI-Personen gestellt.

Die Queer-Organisationen werden nicht müde, Diskriminierungen von LSBTI zu registrieren und alljährlich zu dokumentieren.⁷³ Ziel der Dokumentation ist es, die Regierung und das Parlament dazu zu bewegen, sie anzuerkennen, und Methoden zu ihrer Erfassung und Klassifizierung zu entwickeln. Der Begriff „Hassverbrechen“ soll nach den Vorgaben der OSZE wie folgt neu definiert werden:

„a) Jede Straftat, bei der die Opfer, Gebäude oder Ziele der Straftat wegen ihrer tatsächlichen oder vermuteten Verbindung, Zugehörigkeit, Unterstützung oder Mitgliedschaft zu einer wie in Absatz b beschriebener Gruppe ausgewählt wurden.

b) Eine Gruppe ist durch allgemeine Merkmale ihrer Mitglieder gekennzeichnet, wie tatsächliche oder angenommene körperliche Unterschiede, nationale oder ethnische Herkunft, Sprache, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, Alter, geistige oder körperliche Beeinträchtigung, sexuelle Orientierung oder andere ähnliche Faktoren“.⁷⁴

Als Hasskriminalität gegen LSBTI-Personen sollen Straftaten wie z.B., Sachbeschädigung, Diebstahl, körperliche Gewalt, Belästigung, körperliche Verletzung, sexualisierte Gewalt, Mordversuch oder Mord erfasst und anerkannt werden.⁷⁵

Der Gesetzgeber soll die im Gesetz enthaltenen Begriffe wie „Allgemeine Moral“, „die

⁷³ Senem Doğanoglu, *Adaletin LGBT Hali*, LGBT Hakları Platformu, 2009, http://www.kaosglderneği.org/resim/kutuphane/dl/adaletin_lgbt_hali.pdf (Zugriff am 1.8.2015).

⁷⁴ Prävention von Hasskriminalität, in: *Öffentliche Sicherheit*, Website des österreichischen Innenministeriums 11-12/05, http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_OeffentlicheSicherheit/2005/11_12/files/Gewaltpraevention.pdf (Zugriff am 13.8.2015).

⁷⁵ Wie Fn. 74.

Ordnung der Gesellschaft“ aus dem Gesetz streichen, weil diese von Richter/innen, Anwält/innen und Polizei oft zum Nachteil von LSBTI-Personen ausgelegt werden und Opfer zu Tätern machen.

2.2. Gleichbehandlungsgebot im Arbeitsrecht § 5

Eine weitere gesetzliche Regelung, mit der Diskriminierung verboten wird, ist im §5, Absatz 1 des türkischen Arbeitsgesetzes⁷⁶ vom 22. Mai 2003 festgehalten und hat am 6. Februar 2014 seine heutige Fassung gefunden. Demnach „darf [niemand] im Arbeitsverhältnis aufgrund von Sprache, Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Behinderung, politischer Ansicht, der philosophischen Überzeugung, Religion und Konfession sowie wegen ähnlicher Gründe diskriminiert werden“. Auch dieses Gesetz ist Teil der Reformen im Rahmen der EU-Beitrittsbemühungen. Davor hatte der bereits im Februar 2009 in seiner heutigen Form festgeschriebene §18 Unternehmen mit mehr als 30 Beschäftigten die Kündigung von abhängig Beschäftigten aufgrund von „Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Familienstand, familiären Verpflichtungen, Schwangerschaft, Geburt, Religion, politischer Ansicht und ähnlichen Gründen“ verboten. Das Verbot ungleicher Bezahlung und Behandlung aufgrund des Geschlechts findet sich explizit in §5, Absatz 4 und 5 des Gesetzes.⁷⁷

Obwohl dieses Gesetz einen großen Fortschritt darstellt, wird Diskriminierung aufgrund des Alters, des ethnischen und kulturellen Hintergrunds, der sexuellen Orientierung und Identität nicht explizit genannt. Dies erschwert Queer-Bewegungen, gegen Diskriminierungen in Beschäftigungsverhältnissen juristisch vorzugehen. Queer-Organisationen fordern daher entsprechenden Reformen. Zu diesem Zweck kooperieren sie mit Oppositionsparteien, wie der CHP und der HDP. Die prokurdische Demokratische Partei der Völker (HDP) benennt ausdrücklich in ihrem Parteiprogramm die Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Identität.

⁷⁶ Das Türkische Arbeitsrecht 2003, www.mevzuat.gov.tr/MevzuatMetin/1.5.4857.pdf (Zugriff am 17.9.2015).

⁷⁷ Wie Fn. 76.

Zwar hat die Türkei bereits im Jahr 2004 die Europäische Sozialcharta⁷⁸ unterzeichnet und diese im Jahr 2006 ratifiziert, doch auch in der redigierten Fassung der Charta ist das Diskriminierungsverbot im Teil V Artikel E nicht ausreichend explizit formuliert: „Der Genuss der in dieser Charta festgelegten Rechte muss ohne Unterscheidung insbesondere nach der Rasse, der Hautfarbe, dem Geschlecht, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, der Gesundheit, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, der Geburt oder dem sonstigen Status gewährleistet sein“.⁷⁹ Dadurch, dass auch die Sozialcharta das Diskriminierungsverbot relativ offen formuliert, ist es schwierig, auf ihrer Grundlage gegen Benachteiligungen aufgrund der sexuellen Orientierung und Identität vorzugehen. Der Europarat, zu dessen Mitgliedstaaten die Türkei gehört, verabschiedete am 31. März 2010 Empfehlungen zur Bekämpfung der Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, unter anderem in Beschäftigungsverhältnissen.⁸⁰ Demzufolge sollten „die Mitgliedstaaten (...) die Einführung und Umsetzung angemessener Maßnahmen sicherstellen, die einen wirksamen Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität bei der Beschäftigung im öffentlichen und privaten Sektor bieten. Diese Maßnahmen sollten die Bedingungen für den Zugang zu Beschäftigung und Beförderung, für Entlassungen, die Lohn- und anderen Arbeitsbedingungen, einschließlich der Verhinderung, Bekämpfung und Bestrafung von Belästigung und anderen Formen der Viktimisierung, abdecken“.⁸¹ Derartige Empfehlungen sind aufgrund der Konstitution des Europarates jedoch für die Mitgliedsstaaten juristisch nicht verbindlich. Von größerer Relevanz sind daher die Gleichbehandlungsrichtlinien der Europäi-

⁷⁸ Die Europäische Sozialcharta wurde 1961 verabschiedet und 1996 revidiert. Der Europäische Ausschuss für Soziale Rechte entscheidet darüber, ob die Lage in den einzelnen Staaten mit der Europäischen Sozialcharta, dem Zusatzprotokoll von 1988 sowie der Revidierten Europäischen Sozialcharta im Einklang ist.

⁷⁹ Europäische Sozialcharta:

<http://conventions.coe.int/Treaty/GER/Treaties/Html/163.htm> (Zugriff am 30.7.2015).

⁸⁰ Empfehlung CM/Rec (2010) des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten des Europarats über Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität.

⁸¹ Wie Fn. 80.

schen Union, die sowohl für die Mitgliedstaaten als auch für die Türkei, die seit 1959 der EU (damals EWG) beitreten will, juristisch bindend sind. Die Richtlinie des Rates 2000/78/EG vom 27. November 2000 legt einen allgemeinen Rahmen für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf (ABl. EG Nr. L 303 S. 16) fest. Sie ist einer der elementarsten Bestandteile der Gleichstellungspolitik der Europäischen Union.⁸² In dieser Richtlinie wird das Diskriminierungsverbot bezüglich der sexuellen Orientierung und Identität explizit benannt. Im Kapitel I Artikel 1 der Richtlinien heißt es: „Zweck dieser Richtlinie ist die Schaffung eines allgemeinen Rahmens zur Bekämpfung der Diskriminierung wegen der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung in Beschäftigung und Beruf im Hinblick auf die Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung in den Mitgliedstaaten“.⁸³ Diese Bestimmung wäre für die Türkei völkerrechtlich verbindlich, wenn die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Aufnahme der Türkei abgeschlossen würden.

2.3. Diskriminierung im Zivilgesetz vom 22.11.2001, in der Fassung vom 15.5.2014, § 40

„Wer sein Geschlecht angleichen will, kann persönlich eine gerichtliche Erlaubnis für die Geschlechtsangleichung beantragen. Voraussetzung für die Erteilung der Erlaubnis ist, dass das offizielle Gutachten eines Ausbildungs- und Forschungskrankenhauses feststellt, dass der Antragsteller das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, nicht verheiratet ist, transsexueller Natur ist, die Geschlechtsänderung für seine seelische Gesundheit zwingend ist und er der Fortpflanzungsfähigkeit dauerhaft entbehrt. Wird durch das Gutachten einer amtlichen Gesundheitskommission bestätigt, dass im Anschluss an die Erlaubnis eine dem Zweck und den medizinischen Methoden entsprechende Operation zur Geschlechtsangleichung durchgeführt worden ist, wird die notwendige Berichtigung im Personenstandregister gerichtlich angeordnet“.⁸⁴

⁸² Die Richtlinie des Rates 2000/78/EG vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf, Amtsblatt Nr. L 303 vom 02/12/2000 S. 0016 – 0022.

⁸³ Wie Fn. 82.

⁸⁴ Übersetzung Z. Ç. Und G.S.

Der Artikel lässt geschlechtsangleichenden Operationen nur unter unnötig erschwerten Bedingungen zu.⁸⁵ Zum einen zwingt der Nachweis über dauerhafte Fortpflanzungsunfähigkeit Antragsteller/innen dazu, sich sterilisieren zu lassen, was ein Verstoß gegen die Menschenrechte ist. Außerdem führt der obligatorische Nachweis darüber, dass sie „transsexueller Natur“ seien und die „Geschlechtsangleichung für ihre seelische Gesundheit zwingend“ sei, zu einer Pathologisierung der Transpersonen.

Ein weiteres Problemfeld zeigt sich bei den Transpersonen, die ihre Geschlechtsangleichungsoperation ohne Erlaubnis eines türkischen Gerichts außerhalb der Türkei durchgeführt haben und im Anschluss daran eine Änderung ihres Personenstands in der Türkei beantragen.⁸⁶ Die Gerichte lehnen solche Anträge prinzipiell ab.

Auch die Voraussetzung, unverheiratet zu sein, wird von den Betroffenen als problematisch empfunden, denn manche der Antragsteller/innen sind während der Antragstellung noch verheiratet und wollen auch nach der Operation verheiratet bleiben. Dadurch, dass die nationale Gesetzgebung in der Türkei nur die Ehe von Frau und Mann, sowie die Familie von Mutter-Vater-Kind vorsieht, werden alle andere Menschen, die nicht zu dem staatlich vorgesehenen Ehe- und Familienkonzept passen, ausgeschlossen.

Aufgrund der pathologisierenden und marginalisierenden Wirkung von § 40 des Zivilgesetzbuches setzen sich Queer-Organisationen, vor allem aber Vereine von Transpersonen wie *Rosa Leben (Pembe Hayat)* und das *Trans Beratungszentrum (T-Der, Trans Danışma Merkezi Derneği)* für die Reformierung des § 40 ein. So hat etwa der Verein *T-Der* den CHP-Politiker Mahmut Tanal überzeugen können, im Jahr 2014 parlamentarische Anfragen zu Geschlechtsangleichungsoperationen beim Gesundheitsministerium und beim Ministerium für Familie und Soziales zu stellen.⁸⁷ Diese Anfragen wurden auf der Grundlage von *T-Der* durchgeführten Forschungen über Geschlechtsangleichungsoperationen

⁸⁵ Hakan Ataman, *LGBTI Hakları, İnsan haklarıdır*, Ankara 2009.

⁸⁶ Wie Fn. 29.

⁸⁷ *T-Der, CHP Milletvekili Mahmut Tanal İle Ofisimizde Görüşme Gerçekleştirdik*, 2014, <http://549d7f9935b61.mailerlite.com/c7t0v9> (Zugriff am 5.8.2015).

formuliert und vorgelegt. Sie thematisieren Komplikationen bei Operationen, problematisieren die geringe Zahl qualifizierter Ärzt/innen, eruieren die Zahl der erfolgreich abgeschlossenen Geschlechtsangleichungsoperationen, ermitteln die Raten von erfolgreichen und fehlerhaften Operationen in staatlichen Krankenhäusern und diskutieren die Rolle des Staates im Bereich der Geschlechtsangleichung sowie menschenrechtliche Aspekte. Die Regierung hat bisher weder auf die Anfragen noch auf den Bericht von T-Der reagiert.

2.4. Diskriminierung durch das Wehrdienstgesetz

Als weiteres Beispiel für die gesetzliche Diskriminierung kann die Ungleichbehandlung von schwulen und bisexuellen Männern in den Türkischen Streitkräften (TSK) angeführt werden.

Die türkische Armee sieht die Homosexualität der Männer als Krankheit und Verhaltensstörung an. Das am 30. Januar 2013 reformierte Wehrdienstgesetz stuft homosexuelle Beziehungen während des Militärdienstes als strafbare Tat ein, die die Disziplin und die Ordnung der Armee stören würden. Daher werden homosexuelle Männer aus der Armee entfernt. Allerdings muss, so die juristische Regelung, die Homosexualität durch psychologische Tests und Behandlungen sowie manchmal durch visuelle „Beweismittel“ nachgewiesen werden;⁸⁸ die genaue Form der Beweismittel ist allerdings nicht geregelt. Die entsprechenden Behandlungen und Tests werden in der Regel von Militärkrankenhäusern oder staatlichen universitären Instituten durchgeführt. Die Untersuchungsergebnisse sind für die Entfernung aus den Streitkräften bzw. für die Befreiung von der allgemeinen Militärdienstpflicht entscheidend. Sie setzen den Nachweis voraus, dass die sexuelle Orientierung oder Identität der jeweiligen Person in allen Bereichen ihres Lebens deutlich erkennbar ist. Für die betroffenen Personen bringen sie erhebliche Probleme mit sich, müssen diese doch ihre Homosexualität als psychosexuelle Störung festschreiben und damit zwangsläufig aktenkundig werden lassen, was im weiteren Erwerbs-

⁸⁸ KaosGL, *Escinseller için Askerlik, Escinseller ve Askerlik Sorunsali ve Bu Konu ile İlgili Yasal Mevzuat*, Ankara 2014.

arbeitsverlauf oft Zugangsbarrieren auf dem Arbeitsmarkt nach sich zieht.

Die globale Diskussion um Homosexualität in der Armee ist stark von den Entwicklungen in den USA beeinflusst. Bis 2010 mussten schwule Soldaten in der US-Armee ihre Homosexualität nach dem Motto *‘Don't ask, don't tell’* verschweigen. Wer gegen diese Regelung handelte und seine Homosexualität offenbarte, musste mit Entlassung rechnen. Von 1993 bis 2010 gab es insgesamt 13 000 Soldaten, die aufgrund des Verstoßes gegen diese Vorschrift aus der Armee entlassen wurden. Schwule und lesbische Organisationen in den USA kämpften deshalb jahrelang um die Aufhebung dieser Regelung, die 2011 durch Barack Obama verwirklicht wurde. Während die Schwulen und Lesben in den USA für ein Recht auf Einstellung in die Armee kämpften und von einem Ausschluss von Homosexuellen sprachen, hat das Thema in der Türkei einen ganz anderen Klang: Viele der homosexuellen Männer problematisieren und protestieren gegen die Wehrdienstpflicht. Der erste Paragraph des Wehrdienstgesetzes lautet: *„Jeder Mann türkischer Staatsangehörigkeit ist laut des Gesetzes verpflichtet, den Wehrdienst zu leisten“*.⁸⁹

Auch wenn aktuell keine konkreten Zahlen vorliegen, gibt es in der Türkei eine große Anzahl von Schwulen und Transpersonen, die aufgrund der Angst vor Diskriminierung und Gewalt innerhalb der Armee vom Wehrdienst befreit werden wollen und sich ausmustern lassen. Der § 72 der Verfassung spricht von dem *„Recht und der Pflicht jedes Türken [unabhängig des Geschlechtes] zum Vaterlanddienst“* und nennt die Streitkräfte als primäre Institution für diesen Dienst.

Die „Richtlinien der türkischen Streitkräfte über die gesundheitliche Leistungsfähigkeit der Soldaten“ (*Türk Silahlı Kuvvetleri Sağlık Yeteneği Yönetmeliği*) vom 24.11.1986⁹⁰ bestimmen die Ausschlusskriterien vom Wehrdienst. Auch das Ausmusterungsverfahren für Schwule und Transpersonen wird in den Richtlinien geregelt. Homo- und Transsexualität sind anerkannte

⁸⁹ § 1 des Wehrdienstgesetzes der Türkei, <http://www.mevzuat.gov.tr/MevzuatMetin/1.3.1111.pdf> (Zugriff am 31.8.2015).

⁹⁰ Die Richtlinien der türkischen Streitkräfte über die gesundheitliche Leistungsfähigkeit (der Rekruten) (*Türk Silahlı Kuvvetleri Sağlık Yeteneği Yönetmeliği*) <http://www.mevzuat.gov.tr/MevzuatMetin/3.5.8611092.pdf> (Zugriff am 5.8.2015).

Gründe für die „Entfernung“ (aus der Sicht des Militärs) oder für die „Befreiung“ (aus der Sicht der Schwulen und Transpersonen) vom Militär.

Homo- und Transsexualität werden in § 17 Absatz 4 der Richtlinien genannt, die am 13.1.2013 ihre heutige Form gefunden haben. Sie werden dort als „*Deformationen sexueller Identität und Verhaltens*“ genannt und werden mit diesen Begriffen unter der Rubrik „*Gesundheit und Erkrankungen der Psyche*“ aufgeführt⁹¹. Für die Befreiung vom Wehrdienst aufgrund von Homosexualität ist es laut der Richtlinien notwendig, „*dass eine medizinische Einschätzung dahingehend vorliegt, dass die sexuelle Identität und das sexuelle Verhalten in allen Lebensbereichen überaus deutlich hervortreten und dem militärischen Umfeld unzuträgliche Wirkung entfaltet haben oder entfalten werden*“.⁹² Der pathologisierende Charakter dieser Regelung, die Bezeichnung von Homosexualität als „*Deformation sexueller Identität und sexuellen Verhaltens*“, aber auch das formal nicht eindeutig geklärte Ausmusterungsverfahren durch medizinische und psychiatrische Behandlungen sind Gründe für die Kritik von Queer-Organisationen. Sie fordern die Streichung dieses Absatzes, ein Ende der Pathologisierung und der daraus folgenden Marginalisierung der Homo- und Transsexualität und außerdem die gesetzliche Ermöglichung zur „*Verweigerung des Wehrdienstes aus Gewissensgründen*“ (*Vicdani Red Yasasi*). Noch ist dies nicht gegeben, weshalb die Mehrzahl der Schwulen und Transpersonen das Ausmusterungsverfahren über sich ergehen lassen und die Aushändigung einer aus sexuellen Gründen ausgestellten Untauglichkeitsbescheinigung (Rosa Dokument) akzeptieren, die sie für ein Leben lang als deviant oder psycho-sexuell gestört brandmarken.

2.5. Spezifische Forderung „Gleichheit vor dem Gesetz“: Änderung des § 10 der Verfassung

Die türkische Verfassung verpflichtet in ihrer Präambel, die den Rahmen für das Verständnis aller Artikel vorgibt, die Bürger/innen und die Nation auf eine bestimmte kulturelle (türkische)

⁹¹ Wie Fn. 90.

⁹² § 17, Absatz 4 Abschnitt D der Richtlinien der türkischen Streitkräfte über die gesundheitliche Leistungsfähigkeit (der Rekruten). Übersetzung Z. İ. und G.S.

Identität und die Staatsorgane auf eine bestimmte Spielform des türkischen Nationalismus, den Nationalismus Atatürks. Sie verweist den Gebrauch aller Grund- und Freiheitsrechte in die Grenzen dieser Ideologie, deren exakter Inhalt nirgends bestimmt und die damit in die Deutungsgewalt von Staats- und Regierungseliten gegeben ist, was zu einer deutlichen Einschränkung der Grundrechte führt, deren Ausmaß von der politischen Konjunktur abhängig ist.

So heißt es beispielsweise im bereits auf Druck der EU reformierten Absatz 5 der Präambel: „[...] *all jene Handlungen entbehren des [staatlichen] Schutzes, die sich gegen die nationalen türkischen Interessen, die Existenz des Türkentums, [die unteilbaren] Grundsätze des Staates und seiner Nation, die historischen und geistig-moralischen Werte des Türkentums, den Nationalismus Atatürks, [seine Prinzipien und revolutionären Reformen und seine] zivilisatorische Mission richten*“.⁹³

Absatz 6 der Präambel lautet: „*Jeder türkische Staatsbürger hat von Geburt an das Recht und die Fähigkeit, von den Grundrechten und -freiheiten dieser Verfassung, der von ihr gewährten Gleichheit und sozialen Sicherheit zu profitieren, ein ehrenhaftes Leben innerhalb der nationalen Kultur, Zivilisation und Rechtsordnung zu führen, sowie seine materielle und geistig moralische Existenz in dieser Richtung weiterzuentwickeln*“.⁹⁴

Es ist daher nicht übertrieben zu behaupten, dass die Verfassung der Republik Türkei in erster Linie dem Schutz des türkischen Staates und der von ihm imaginierten türkischen Nation vor dem Individuum und gesellschaftlichen Gruppen und nicht dem Schutz des Individuums und der Gesellschaft vor Staat und Regierung dient. Hingegen fordern Queer-Organisationen, dass der Staat vor allem die Grundrechte und -freiheiten der Individuen schützen und die Verfassung dementsprechend reformieren soll.⁹⁵ Zusammen mit liberalen, aber auch kurdischen und anderen Minderheiten, fordert die Queer-Bewegung die Streichung aller dieser ideologischen Vorgaben in der Verfassung, besser noch: eine neue

⁹³ Die Türkische Verfassung, Übersetzung G. S.

⁹⁴ Wie Fn. 93.

⁹⁵ SPoD, *LGBT Yurttaşların Yeni Anayasaya Yönelik Talepleri*. SPoD Anayasa Çalışma Grubu Raporu, 2009, <http://www.spod.org.tr/turkce/eskisine/wp-content/uploads/2012/06/SPoD-Anayasa-Raporu.pdf> (Zugriff am 9.9.2015).

Verfassung, die einer anderen Logik gehorcht und die Grund- und Freiheitsrechte der Bürger/innen in den Mittelpunkt stellt. Alle bisher von der AKP durchgeführten Verfassungsänderungen haben die Logik der bestehenden Verfassung nicht geändert und das Problem der Diskriminierung nicht gelöst.

Prägnante Beispiele für Reformen in der ersten Legislaturperiode unter der AKP-Regierung sind die Änderung von § 10 der Verfassung am 7. Mai 2004, der den Staat verpflichtet, die Gleichheit von Männern und Frauen umzusetzen (siehe die Zusatzartikel der Verfassung 7/5/2004-5170/1 und 12/9/2010-5982/1)⁹⁶. Eine weitere frühe Verfassungsänderung betraf die Abschaffung der Todesstrafe, die von zahlreichen linken und demokratischen Intellektuellen und Gruppen begrüßt wurde. Mit der Änderung des § 90 erhielten die Regelungen internationaler Abkommen Priorität vor nationalen Gesetzen.

In ihrer zweiten Regierungsperiode startete der erneut gewählte Ministerpräsident Erdoğan erstmals Gespräche mit der PKK, die allerdings nur mäßig erfolgreich verliefen. Die Kurdenfrage rückte jedoch die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung erneut auf die Tagesordnung. Anerkannte Verfassungsrechtler/innen erarbeiteten einen Verfassungsentwurf im Auftrag der AKP unter der Leitung von Prof. Dr. Ergun Özbudun. Organisationen wie z.B. der Unternehmerverband *TÜSIAD* und der Gewerkschaftsverband *DISK* warteten mit Reformvorschlägen und -paketen und sogar mit kompletten Verfassungsentwürfen auf.⁹⁷ Auch die Vereinigung der Rechtsanwaltskammern der Türkei (*Türkiye Barolar Birliği*) stellte einen bemerkenswerten Entwurf für eine neue Verfassung vor.⁹⁸ Darüber hinaus beteiligten sich weitere zivilgesellschaftliche Akteure wie Menschenrechtsorganisationen, Frauenorganisationen und LSBTI-Zusammenschlüsse an der Verfassungsdiskussi-

⁹⁶ Türkische Verfassung, https://www.tbmm.gov.tr/anayasa/anayasa_2011.pdf (Zugriff am 17.9.2015) Übersetzung Z. Ü. Und G.S.

⁹⁷ Friedrich-Ebert-Stiftung, *Die Verfassungsreform 2010*, Nr. 17, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/tuerkei/07351-20100721.pdf> (Zugriff am 28.7.2015).

⁹⁸ *Türkiye Cumhuriyeti Anayasa Önerisi 2007*, Türkiye Barolar Birliği Yayınları: 131, Kanunlar dizisi: 4, Webarchiv des türkischen Parlaments, <https://yenianayasa.tbmm.gov.tr/docs%5Ctbb.pdf> (Zugriff am 28.7.2015).

on. Die AKP legte jedoch keinen Entwurf für eine neue Verfassung vor, sondern reichte am 30. März 2010 einen weiteren Entwurf zur Änderung der Verfassung ein, der sich primär auf die Umgestaltung des Justizsystems bezog. Da die AKP die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit nicht besaß, konnten die Änderungen nur mit einer Drei-Fünftel-Mehrheit verabschiedet werden und bedurften für ihre Gültigkeit der Annahme in einer Volksabstimmung. Bei dem Referendum am 12. September 2010 zur Umsetzung der Verfassungsänderungen wurde der Entwurf der AKP mit 58% der Stimmen angenommen.

Bei den Parlamentswahlen im Juni 2011 erzielte die AKP 49,83% der Stimmen und damit erreichte sie zum dritten Mal die absolute Mehrheit zur Regierungsbildung. Im September 2011 unternahm die erneut gewählte AKP-Regierung einen weiteren Anlauf zu einer neuen Verfassung. Das Parlament richtete den Ausschuss zum Verfassungskompromiss (*Anayasa Uzlaşma Komisyonu*) ein, der aus Mitgliedern aller im Parlament vertretenen Parteien bestand und unter der Leitung des AKP-Justizministers Cemil Çiçek tagte.⁹⁹ Hinsichtlich der türkisch ethnonationalistischen Vorgaben blockierte die Republikanische Volkspartei (CHP) zusammen mit der Nationalistischen Bewegungspartei (MHP) jede Änderung. Der Ausschuss konnte sich deshalb nicht auf einen einheitlichen Entwurf einigen, weshalb die Verfassung von 1982 noch immer gültig ist.

Was die spezifischen Forderungen der LSBTI-Community betrifft, unterstützten die prokurdische Friedens- und Demokratierpartei (BDP) und die kemalistische Republikanische Volkspartei (CHP) die Forderungen der Queer-Gruppen nach Aufnahme der sexuellen Orientierung und Identität in § 10 des Verfassungsentwurfs, allerdings ohne Erfolg.

2.5.1. Gleichheit vor dem Gesetz - Artikel 10 der Verfassung

Der § 10 der Verfassung lautet: „Jeder (ist) ungeachtet der Unterschiede in Sprache, Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, politischer Überzeugung, philosophischer Anschauung, Religion, Konfession und

⁹⁹ Denge ve Denetleme Ağı İzleme Grubu, *Yeni Anayasa Yapım Sürecinde Şeffaflık ve Katılım izleme raporu*. İPM/İPC, İstanbul 2013.

Ähnlichem vor dem Gesetz gleich“.¹⁰⁰ Dieser Artikel wurde am 7.5.2014 wie folgt ergänzt:

„Frauen und Männer haben gleiche Rechte. Der Staat ist verpflichtet, diese Gleichheit umzusetzen“. Am 1.9.2010 erfolgte ein Zusatz (7/5/2004-5170/1 Art): „Diesbezügliche Maßnahmen können nicht als Verletzung des Gleichheitsprinzips verstanden werden. Ein weiterer Zusatzartikel (12/9/2010-5982/1 Art.) am 1.9.2010 wurde wie folgt formuliert: Maßnahmen, die dem Schutz von Kindern, Alten, Menschen mit Behinderung, Waisen und Witwen von Gefallenen sowie Kriegsversehrten dienen, können nicht als Verletzung des Gleichheitsprinzips verstanden werden. Keine Person, Familie, Gruppe oder Klasse darf privilegiert werden. Staatliche Institutionen und Verwaltungseinheiten müssen in allen bürokratischen Handlungen dem im Gesetz festgeschriebenen Gleichheitsprinzip folgen.“¹⁰¹

Um das Gleichheitsprinzip auch für Homosexuelle und Transpersonen zu verwirklichen, wurde 2007 der „LGBT-Verfassungsausschuss“ (*Anayasa LGBT Komisyonu*)¹⁰² und 2011 die „Regenbogen-Koalition gegen Diskriminierung“ (*Ayrımcılığa Karşı Gökkuşaklı Koalisyonu*)¹⁰³ gegründet. In ihnen schlossen sich mehrere Queer-Organisationen aus Städten wie Istanbul, Ankara, Izmir und Diyarbakir zusammen. Sie haben die Große Nationalversammlung und deren Präsidium, den Parlamentarischen Ausschuss, zum Verfassungskompromiss sowie Politiker/innen unterschiedlicher Parteien aufgefordert, die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz in der Verfassung auch für LSBTI-Personen zu sichern. Denn § 10 benennt LSBTI-Personen nicht als eigene schutzwürdige Gruppe, weshalb die Queer-Organisationen die Regierung seit 2008¹⁰⁴ offensiver mit ihren Forderungen konfrontieren und dabei Jahr für Jahr auf weitere Verbündete aus den Oppositionsparteien (wie

CHP, BDP und aktuell HDP) zählen konnten. Dazu müsste der § 10 um die Merkmale „sexuelle Orientierung und Identität“ erweitert werden. Diese Forderung der Queer-Initiativen wurde allerdings in der Sitzung vom 13. September 2012 vom parlamentarischen Verfassungsausschuss abgelehnt. Die Haltung der AKP machte damals ihr Abgeordneter Mustafa Şentop deutlich, der sagte, er wollte an keiner Stelle der Verfassung eine Formulierung in Bezug auf Homosexuelle sehen.¹⁰⁵ Die Nationalistische Bewegungspartei (MHP) vertrat dieselbe Auffassung. Hingegen wurden die Forderungen der Queer-Organisationen u.a. von Rıza Türmen, ehemals Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und Abgeordneter der CHP, sowie von Özgür Sevgi Goral (BDP) vehement vertreten.¹⁰⁶ Die Queer-Initiativen fordern außerdem die Streichung der Begriffe „Allgemeine Moral, Öffentliche Ordnung und Anstand“ aus der Verfassung.

Die nicht operationalisierbaren und deshalb beliebig interpretierbaren Begriffe „allgemeine Moral“ (*genel ahlak*) und „öffentliche Ordnung“ (*kamu düzeni*) tauchen in der Verfassung an zehn bzw. 16 Stellen auf. Die Polizei, Staatsanwälte und Richter/innen nutzen sie weithin zur Kriminalisierung von LSBTI-Personen. So wurden beispielsweise die Vereine *KaosGL*, *LambdaIstanbul* und *Rosa Leben (Pembe Hayat)* mit dem Argument, die „Allgemeine Moral der Gesellschaft zu gefährden“, angeklagt. Gegen *LambdaIstanbul* hatte die Abteilung für Vereinsangelegenheiten bei der Polizeidirektion Istanbul die Initiative ergriffen. Gegen *KaosGL* klagte die entsprechende Abteilung in Ankara auf Grundlage des § 56 des Zivilgesetzes, der die Gründung von Vereinen, die „die allgemeine Moral“ verletzen, verbietet. Laut der Abteilung für Vereinsangelegenheiten in Ankara verstoße sowohl der Name als auch die Satzung des Vereins *KaosGL* gegen diesen Artikel.¹⁰⁷ Die

¹⁰⁰ Wie Fn. 96.

¹⁰¹ Wie Fn. 96, Übersetzung Z. İ. und G.S.

¹⁰² *Toplumda sadece heterosexueller yaşamıyor, Yedi Örgüt "Anayasa LGBT Komisyonu"nu Kurdu*, 19.11.2007, <http://bianet.org/bianet/toplumsal-cinsiyet/102983-yedi-orgut-anayasa-lgbt-komisyonu-nu-kurdu> (Zugriff am 13.8.2015).

¹⁰³ *KaosGL, Ayrımcılığa Karşı Gökkuşaklı Koalisyonu Kuruldu!*, 15.4.2011, <http://www.kaosgl.com/sayfa.php?id=6768> (Zugriff am 13.8.2015).

¹⁰⁴ *Türkiye’de LGBTİ Hareketi ve Siyaset*, 2014, <https://meclistelgbti.wordpress.com/siyasette-lgbtiler/turkiyede-lgbti-hareketi-ve-siyaset/> (Zugriff am 6.7.2015).

¹⁰⁵ *Kim daha eşit?*, 2014,

<http://zihniminkadrajı.blogspot.de/2012/09/herkes-esit-heteroseksueller-daha-esit.html#VcNYSEa8T95> (Zugriff am 6.8.2015).

¹⁰⁶ TBMM, *1 Nolu Yazım Tutanakları*. Protokolle des parlamentarischen Rechtsausschusses, Nummer I, <https://yenianayasa.tbmm.gov.tr/tutanak.aspx> (Zugriff am 6.8.2015).

¹⁰⁷ „*Kaos GL Derneği Kapatılmak İsteniyor!*“, 19.5.2005, <http://www.savaskarsitlari.org/arsiv.asp?ArsivTipID=9&ArsivAnaID=28614> (Zugriff am 6.8.2015).

Staatsanwaltschaft lehnte jedoch diese Klage ab und erklärte, dass kein rechtskräftiger Grund für die Schließung des Vereins vorliege.¹⁰⁸ Ähnliche Schließungsprozesse wurden auch gegen die Vereine *Rosa Leben (Pembe Hayat)* von Ankara 2006 und *Schwarz-Rosa-Dreieck (Siyah-Pembe Üçgen)* von Izmir 2010 geführt. Durch die willkürliche Auslegung dieser wertenden Begriffe von Moral und Anstand sind nicht nur die Queer-Vereine bedroht, sondern auch Personen, die als lesbisch, schwul, trans- oder bisexuell erkannt, wahrgenommen oder imaginiert werden.

Vor dem Hintergrund der Diskussionen um die Verfassungsänderungen haben zehn Abgeordnete der CHP der Großen Nationalversammlung am 25. Februar 2015 umfassende Gesetzesänderungen zur Verbesserung der Situation der LSBTI vorgeschlagen. Sie betreffen in erster Linie das Strafrecht, das Arbeitsrecht, das Beamtenrecht und das Disziplinargesetz der türkischen Streitkräfte.¹⁰⁹ Diese Änderungsvorschläge wurden von dem CHP Abgeordneten Mahmut Tanal, einem Juristen, damit begründet, dass LSBTI-Bürger/innen häufig im Arbeitsbereich, im Gesundheitswesen, im Bildungsbereich, im öffentlichen und privaten Dienstleistungssektor, sowie in den Behörden mit Diskriminierung zu kämpfen haben. Als Referenz verwies Tanal auf die Pflicht, nationale Gesetze an internationale menschenrechtliche Vereinbarungen und an die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 anzupassen.¹¹⁰ Die Vorschläge der CHP sehen folgende Änderungen vor:

Der § 5 des Arbeitsgesetzes, „Gleichheitsprinzip im Arbeitsverhältnis“, soll um die Begriffe „sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität“ ergänzt werden. Außerdem soll das vorgesehene Schmerzensgeld, also die Entschädigung von vier auf bis zu zwölf Monaten Gehalt, erhöht werden, um der Diskriminierung am Arbeitsplatz wirksam vorzubeugen.

¹⁰⁸ KaosGL, „Kaos GL Derneği Sizi Çağırıyor!“, <http://www.kaosgldernegi.org/kaosgl.php> (Zugriff am 6.8.2015).

¹⁰⁹ KaosGL, „CHP'den LGBT'ler için İş Kanunu teklifi“, 26.2.2015, <http://www.kaosgl.com/sayfa.php?id=18835>, (Zugriff am 13.8.2015).

¹¹⁰ Deniz Gök, *CHP'li Tanal'dan LGBTİ Hakları İçin 22 Maddelik Yasa Teklifi*, 11.2.2015, <http://onedio.com/haber/chp-li-tanal-dan-lgbti-haklari-icin-22-maddelik-yasa-teklifi-452176> (Zugriff am 13.8.2015).

Der/die Arbeitgeber/in oder die/der stellvertretende Geschäftsführer/in soll im Falle einer Diskriminierung der/dem diskriminierten Arbeitnehmer/in ein Bußgeld in Höhe von 5000 Türkischen Lira zahlen¹¹¹.

Der Artikel des Strafgesetzes zur Bestrafung der Hasskriminalität soll um „sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität“ ergänzt und ins Arbeitsrecht integriert werden, so dass die Hasskriminalität nicht nur im Arbeitsverhältnis verboten wird, sondern auch während des Bewerbungsprozesses, des Abschlusses eines Arbeitsvertrages, der Fortbildung und des Aufstiegs in der Beschäftigung und bei der Kündigung des Arbeitsverhältnisses.

Die sexuelle Orientierung, die Geschlechtsidentität oder das Geschlecht des Beamten sollen im Rahmen der Grundrechte geschützt und nicht - wie bisher - als Merkmal für Disziplinlosigkeit bewertet werden können.

Wenn ein/e Beamte/r mit Ungleichbehandlungen aufgrund der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität oder des Geschlechts konfrontiert wird, sollen die Bestimmungen des Beamtenrechtes hinsichtlich der Entlastung vom Beamtendienst und der Artikel zur Hasskriminalität des Strafgesetzes (gegen die diskriminierende Person) angewandt werden.

2.5.2. Weitere Forderungen in Bezug auf die Verfassung

Weitere Forderungen betreffen die Verankerung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung und des Schutzes der Privatsphäre in der Verfassung, sowie die praktische Umsetzung des Vorrangs der internationalen Abkommen und Vereinbarungen vor dem nationalen Recht. In Fragen der Menschenrechte und Grundfreiheiten stellt § 90 Absatz 5 der Verfassung die Vorschriften, die sich aus ratifizierten internationalen Abkommen und Verträgen ergeben, über nationale Gesetze. So steht beispielsweise laut § 4 Absatz 3 der Konvention des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbuler Konvention) 2011 fest: „[...] die Durchführung dieses Übereinkommens durch die Vertragsparteien, insbesondere von Maßnahmen zum Schutz der Rechte der Opfer, ist ohne Diskriminierung insbesondere wegen des biologischen

¹¹¹ Dies entspricht etwa 1560 Euro (Kurs vom 28.10.2015).

oder sozialen Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, der sexuellen Ausrichtung, der Geschlechtsidentität, des Alters, des Gesundheitszustands, einer Behinderung, des Familienstands, des Migranten- oder Flüchtlingsstatus oder des sonstigen Status sicherzustellen“.¹¹²

Zusammen mit den anderen 37 Mitgliedstaaten des Europarates hat auch die Türkei dieses Übereinkommen ratifiziert und es am 24.11.2011 im Staatsanzeiger (*Resmî Gazete*) veröffentlicht. Bülent Arınç, der damals für Menschenrechte zuständige Stellvertreter des Ministerpräsidenten, erklärte am 27. Januar 2015 in der Sitzung des UN-Menschenrechtsrats, dass die Rechte von LSBTI-Personen durch die Istanbul Konvention gewährleistet seien und in den nationalen Gesetzen keine diskriminierenden Elemente gegen LSBTI-Personen existieren.¹¹³ In dieser Sitzung verabschiedeten 11 Mitgliedstaaten des UN-Menschenrechtsrats Empfehlungen zur Beseitigung der Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Identität.¹¹⁴ Laut des Berichts der 21. Arbeitsgruppe des UN-Menschenrechtsrats gab es in der Türkei zwischen Januar 2010 und Juni 2014 insgesamt 41 Gewalt- und Diskriminierungsfälle gegen LSBTI-Personen, deren Täter nicht verurteilt worden sind.¹¹⁵ In den entsprechenden Gerichtsverfahren wurden die Diskriminierungen entweder bagatellisiert oder die Intention der Täter relativiert. Häufig ist auch eine Täter-Opfer-Umkehrung zu beobachten, in der die LSBTI dadurch zum Täter gemacht werden, dass ihnen

¹¹² Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, 2011, [http://www.coe.int/t/dghl/standardsetting/convention-vio-](http://www.coe.int/t/dghl/standardsetting/convention-violence/convention/Convention%202010%20German%20%20explanatory%20report.pdf)

[lence/convention/Convention%202010%20German%20%20explanatory%20report.pdf](http://www.coe.int/t/dghl/standardsetting/convention-violence/convention/Convention%202010%20German%20%20explanatory%20report.pdf), (Zugriff am 27.9.2015).

¹¹³ “Deputy PM Bülent Arınç’s Statement on LGBT at the Universal Periodic Review”,

<http://lgbtnewsturkey.com/tag/evrensel-periyodik-inceleme/> (Zugriff am 9.8.2015).

¹¹⁴ Wie Fn.113.

¹¹⁵ 21. EPİ Çalışma Grubu, *Türkiye Cumhuriyeti, Birleşmiş Milletler Evrensel Periyodik İnceleme Sunumu, Oturumu, Birleşmiş Milletler İnsan Hakları Konseyi*, <https://lgbtnewsturkey.files.wordpress.com/2014/11/epi-lgbt.pdf> (Zugriff 8.9.2015).

die Schuld für die Vorfälle aufgeladen wird, etwa durch die Behauptung, sie hätten die Täter provoziert. Laut des UN-Berichtes wendet die Türkei die von ihr ratifizierten Konventionen nicht in ausreichendem Maße an.¹¹⁶

2.6. Forderungen bezüglich Rechtsstaatlichkeit

Unter den Richter/innen und Staatsanwält/innen herrscht die Tendenz, Gesetze zu Ungunsten von LSBTI und Queer-Organisationen auszulegen. Queer-Organisationen sehen die Gerichte unter dem Einfluss der konservativen Regierung und fordern eine stärkere Unabhängigkeit und Neutralität der Gerichte. Ein Weg dafür wäre die Neuorganisation des „Hohen Rats der Richter und Staatsanwälte“ (HSYK). Über das Referendum zur Verfassungsänderung vom 12. September 2010 nahm die Regierungspartei AKP verstärkt Einfluss auf die Zusammensetzung des HSYK und seine Arbeitsorganisation. Eine neue Verfassung müsse die Wahl der Mitglieder des HSYK neu regeln und den Einfluss der Regierung auf den Rat zurückdrängen.

2.7. Forderungen bezüglich des politischen Systems

Die landesweite 10%-Sperrklausel verhindert den Einzug kleinerer Parteien ins Parlament, die sich für die Rechte ethnischer und anderer Minderheiten einsetzt. Zu diesen Parteien gehören die Demokratische Links-Partei (DSP), die Demokratische Gesellschaftspartei (DTP), die Freiheits- und Solidaritätspartei (ÖDP), die Partei der Arbeit (EMEP), die Sozialistisch Demokratische Partei (SDP) und die Friedens- und Demokratiepartei (BDP).¹¹⁷ Alle diese Parteien setzen sich für die Rechte von LSBTI-Personen ein, arbeiten mit Queer-Organisationen zusammen und formulieren gemeinsame Ziele und Forderungen. Queer-Organisationen fordern deshalb und aus allgemein demokratischen Erwägungen die Abschaffung dieser Klausel.

¹¹⁶ Wie Fn.115.

¹¹⁷ Wie Fn. 60.

3. Repräsentation der Queer-Bewegung in den politischen Parteien der Kommunalpolitik und im Parlament

Wie im ersten Kapitel ausgeführt, beteiligten sich im Jahr 1987 Personen aus der Queer-Community an der Initiative zur Gründung der „Demokratischen Grünen Partei“ (RDYP). Im selben Jahr haben Queer-Gruppen außerdem versucht, mit etablierten Parteien ins Gespräch zu kommen, was jedoch scheiterte.¹¹⁸ Darüber hinaus bemühten sich Queer-Gruppen in den 1990er Jahren, entweder selbst Teil einer politischen Partei zu werden oder Ansprechpartner/innen in politischen Parteien und Gewerkschaften zu finden und diese dafür zu gewinnen, sich für LSBTI-Belange einzusetzen.

Die Freiheits- und Solidaritätspartei (ÖDP), die 1996 gegründet wurde, war die erste politische Partei in der Türkei, die den Kampf gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Identität in ihr Parteiprogramm aufgenommen hat.¹¹⁹ Dort hieß es bereits in jenem Jahr, „man muss jede Form der Unterdrückung gegen unterschiedliche sexuelle Neigungen bekämpfen“.¹²⁰ Im Jahr 1999 war die ÖDP die erste Partei, die mit Demet Demir eine Transfrau als Kandidatin für eine Bezirksverordnetenversammlung, (Beyoğlu-Istanbul) nominierte. Ein weiteres Beispiel für eine Koalition der marginalisierten Gruppen findet sich in der prokurdischen Demokratischen Volkspartei (*Demokratik Halk Partisi - DEHAP*). Diese nahm die Bekämpfung der Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Identität 2003 in ihr Parteiprogramm auf. Eine weitere Partei, die für LSBTI-Anliegen offen war, war die Sozialdemokratische Populistische Partei (*Sosyaldemokrat Halkçı Parti - SHP*), die im selben Jahr Arslan Yüzgün, einen offenen Schwulen, als Kandidaten für die Parlamentswahlen nominierte. Im Jahr 2007 hat die ÖDP abermals Demet Demir - dieses Mal sogar als Direktkandidatin - für die Parlamentswahlen aufgestellt; 2009 kandidierten zwei Transfrauen bei den Kommunalwahlen, Belgin Çelik für die

¹¹⁸ Sezen Yalçın, Volkan Yılmaz, „Gezi Protestolarından Yerel Seçimlere LGBTİ Hakları Hareketi ve Yerel Siyaset“, in: *İktisat Dergisi*, Nr. 525, 2013, S. 84-94.

¹¹⁹ Wie Fn. 60.

¹²⁰ Idil Engindeniz Şahan, „1990’lardan günümüze siyasi partilerin LGBTİ’yle imtihanı. „Bir el havada ne kadar kalabilir ki...“, in: *Birikim*, Nr. 308, Ausgabe Dezember 2014.

ÖDP in Beyoğlu und Demet Demir erneut für die ÖDP, dieses Mal im anatolischen Isparta.

Besonders die prokurdische Partei DEHAP und ihre Nachfolgeparteien (deren Gründung aufgrund von sich wiederholenden Verboten prokurdischer Parteien notwendig wurde) entwickelten sich allmählich zu den parteipolitischen Vertreter/innen der Queer-Bewegung. Von 1990 bis zur Gründung der Demokratischen Gesellschaftspartei (DTP) in 2005 wurden insgesamt sieben prokurdische Parteien mit dem Vorwurf des Separatismus verboten oder zur Selbstauflösung gezwungen, worauf stets eine Neugründung erfolgte.¹²¹ Als der Verein *LambdaIstanbul* 2006 und 2009 verboten werden sollte, erhielt er Unterstützung von der DTP (insbesondere von Sebahat Tuncel) und von der ÖDP (insbesondere von Ufuk Aras). In beiden Parteien waren es insbesondere kurdische und linke Feministinnen, die sich für LSBTI-Belange einsetzten. So stellte z.B. im Jahr 2008 Sebahat Tuncel bezüglich der LSBTI-Rechte eine parlamentarische Anfrage an das Justizministerium. Ufuk Aras problematisierte im Parlament Vereinsverbote aufgrund des Verstoßes und die „Gefährdung der türkischen Familie“.¹²²

Tatsächlich war es das von der AKP propagierte Bild von der Nation als *türkisch* und *heterosexuell*, das die dadurch aus der *Nation* ausgeschlossenen Kurden und Queer-Personen zu politischen Verbündeten machte.

Um die 10%-Sperrklausel für den Einzug einer Partei ins Parlament zu überwinden, schlossen bei den Parlamentswahlen von 2007 mehrere oppositionelle Parteien (DTP, ÖDP, EMEP (Partei der Arbeit) und SDP (Sozialistisch Demokratische Partei)) ein Wahlbündnis. Die Kandidaten dieser kleinen Parteien traten jeweils als unabhängige Kandidat/innen, aber unter der gemeinsamen Flagge „Kandidat/innen der tausend Hoffnungen“ (*Bin Umut Adayları*) an und wurden von ihren

¹²¹ Die Prokurdischen Parteien von 1990 bis 2005: *Demokratik Toplum Partisi (DTP)*, *Halkın Emek Partisi (HEP)*, *Özgürlük ve Demokrasi Partisi (ÖZDEP)*, *Demokrasi Partisi (DEP)*, *Halkın Demokrasi Partisi (HADEP)*, *Demokratik Halk Partisi (DEHAP)*, *Demokratik Toplum Partisi (DTP)*, in *Bianet, 1990'dan Bugüne, HEP'ten DTP'ye Kürtlerin Zorlu Siyaset Mücadelesi*, 12.12.2009, <http://bianet.org/bianet/siyaset/117387-1990dan-bugune-hepten-dtpye-kurtlerin-zorlu-siyaset-mucadelesi> (Zugriff am 10.8.2015).

¹²² Wie Fn. 60.

gemeinsamen Mitgliedern und Sympathisanten unterstützt.¹²³ Einer der unabhängigen Kandidaten für Istanbul, der Politikwissenschaftler und Professor Baskin Oran, wurde in seinem Wahlkampf von den Queer-Organisationen und -personen ganz besonders unterstützt. Denn sein Wahlslogan betonte nicht nur die Notwendigkeit breiter Solidarität, sondern nannte explizit auch die Homosexuellen als eine Gruppe, mit der Solidarität zu üben sei: *„Die Türken werden die Kurden, die Kurden die Armenier, die Armenier die Roma, die Roma die Tscherkessen, die Tscherkessen die Arbeitslosen, die Arbeitslosen die Frauen, die Frauen die Aleviten und die Aleviten werden die Homosexuellen verteidigen“*.¹²⁴ Die „Unabhängigen“ zogen mit insgesamt 22 Abgeordneten ins Parlament ein.¹²⁵ In den Diskussionen um die Verfassungsreform traten Queer-Organisationen zusammen mit unterschiedlichen Zivilgesellschaften und Parteien an die Öffentlichkeit. In den letzten Jahren nahmen weitere politische Parteien, wie die „Partei der Grünen und der linken Zukunft“ (*Yeşiller ve Sol Gelecek Partisi*), die „Demokratische Partei“ (*Demokrat Parti*), die prokurdische „Friedens- und Demokratipartei“ (*Barış ve Demokrasi Partisi*, BDP) und die ebenfalls prokurdische „Demokratische Partei der Völker“ (*HDP*) die Bekämpfung der Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Identität in ihr Parteiprogramm auf.¹²⁶ Eine der großen zivilgesellschaftlichen Allianzen des linken und kurdischen Spektrums, an denen sich auch Queer-Organisationen beteiligen, ist der „Demokratische Kongress der Völker“ (*Halkların Demokratik Kongresi*, HDK), der 2011 in Ankara gegründet wurde. In Satzung und Programm hält der HDK die Bekämpfung aller Diskriminierungsformen fest und bringt mehr als 30 Vereine, Initiativen und Parteien zusammen, die sowohl gegen jeweils gruppenspezifische Diskriminierungen kämpfen, als auch breite Bündnisse eingehen.¹²⁷ Im Zuge der Verfassungsdiskussion

¹²³ Selahattin Gün, *„Türkiye’de seçim sonuçları ve Bin Umut Adayları“*, 14.8.2007, Website der prokurdischen Partei PWD,

http://www.pwdnerin.com/makale/selahattin_gun/turki_yede-secim-sonuclari-ve-bin-umut-adaylari (Zugriff am 10.8.2015).

¹²⁴ Wie Fn. 60.

¹²⁵ Wie Fn. 123.

¹²⁶ Wie Fn. 120.

¹²⁷ Homepage von HDK,

setzten sich neben der BDP und der HDP auch Parlamentarier/innen der CHP für die Anerkennung der sexuellen Orientierung und der Identität als verfassungsrechtliches Schutzmerkmal ein und unterstützten die Queer-Bewegung, auch wenn das Parteiprogramm der CHP zu diesem Zeitpunkt noch keine Maßnahmen diesbezüglich vorsah.

Hinsichtlich der aktuellen Haltung der politischen Parteien zur Lage von LSBTI zeichnet sich derzeit folgendes Bild:

3.1. CHP – Republikanische Volkspartei

Die republikanische Volkspartei versteht sich als eine kemalistische und sozialdemokratische Partei in der Türkei. Die im September 2014 aktualisierte Parteisatzung erwähnt die Rechte von LSBTI nicht explizit, aber einzelne CHP-Abgeordneten engagierten sich im Parlament für diese Rechte und boten LSBTI-Initiativen auch auf der kommunalpolitischen Ebene Unterstützung an.

In ihrem Wahlprogramm für die Parlamentswahlen 2015 hat die CHP zum ersten Mal explizit sexuelle Orientierung und Identität als schutzwürdig anerkannt. An drei Stellen des Wahlprogramms heißt es:

„Die auf Rechten und Freiheiten beruhende Politik der CHP bildet die Grundlage für ein demokratisches Verständnis der Staatsbürgerschaft. Sie ist die einzige Form der Politik, die die Bürger/innen vor jeglicher ethnischen, religiösen, schichtspezifischen, und sexuellen Unterdrückung schützt und sich mit benachteiligten Gruppen solidarisiert“.¹²⁸

*„Mittels gesetzlicher Regelungen und Sanktionen werden wir jede Form der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Identität entschieden bekämpfen.“*¹²⁹

„Wir werden sicherstellen, dass Istanbul zu einer Stadt wird, in der Menschen jeder Religion, Konfession, ethnischen Gruppe sowie sexuellen Orientierung und Identität freiheitlich leben können“.¹³⁰

Im Gegensatz zu der Zeit vor den Gezi-Protesten im Jahr 2013, in denen LSBTI-

<http://www.halklarindemokratikongresi.net/hdk/bilesenler/497> (Zugriff am 10.8.2015).

¹²⁸ Wahlprogramm der CHP 2015, S.20, Übersetzung Z.Ç. und G.S.

¹²⁹ Wie Fn. 128, S.33.

¹³⁰ Wie Fn. 128, S.161.

Initiativen und ihre Forderungen durch die Partei nicht ausreichend beachtet wurden, trat die CHP sowohl bei den Kommunalwahlen 2014 als auch bei den Parlamentswahlen 2015 für LSBTI-Rechte ein. Im Jahr 2014 nominierte die Partei für die Kommunalwahlen vier LSBTI-Kandidat/innen, die ihre sexuelle Orientierung und Identität offen lebten. Dies geschah auf Initiative von LSBTI-Organisationen, mit denen die CHP seit den Gezi-Protesten zusammenarbeitet. Bei den Parlamentswahlen 2015 hat die Partei zwar keine LSBTI-Personen nominiert, doch hat sie sich im Wahlprogramm ihre Forderungen zu Eigen gemacht. Parlamentarier/innen wie Binnaz Toprak, Rıza Türmen, Melda Onur, Mahmut Tanal, İlhan Cihaner, Hüseyin Aygün und Aykan Erdemir führen innerhalb der Partei und im Parlament Diskussionen über den verfassungsrechtlichen Schutz vor Diskriminierung und Gewalt aufgrund sexueller Orientierung und Identität. Bereits im Jahr 2012 hatte die CHP-Abgeordnete, Melda Onur eine parlamentarische Anfrage an das Justizministerium über die Situation von LSBTI-Häftlingen gestellt. Im Jahr 2013 reichten 59 CHP-Abgeordnete eine weitere Anfrage ein, in der es erneut um die besondere Situation der LSBT in Institutionen der Justiz, Gesundheitsfürsorge und anderen staatlichen Behörden ging.

Der Istanbuler Verein für Arbeiten zur Sozialpolitik, Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung (*Sosyal Politikalar Cinsiyet Kimliği ve Cinsel Yönelim Çalışmaları Derneği, SPoD*) erstellte im Vorfeld der Kommunalwahlen 2014 ein Protokoll zur „LSBTI-freundlichen Lokalpolitik“ (*LSBTI Dostu Belediyecilik Protokolü*) und forderte alle politische Parteien, die zu den Kommunalwahlen antraten, auf, dieses zu unterzeichnen. Diese Vereinbarung sah vor, dass die neu gewählten Bürgermeister/innen in den Bereichen Arbeit, Gesundheit, Wohnen sowie Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Gütern auch zugunsten von LSBTI tätig werden. Insgesamt 40 Bürgermeisterkandidat/innen aus sieben Städten haben das Protokoll unterzeichnet. Drei CHP-Kandidaten, nämlich Murat Hazinedar (*İstanbul-Beşiktaş*) Hayri İnönü (*İstanbul-Şişli*) und Aykurt Nuhoğlu (*İstanbul-Kadıköy*), erklärten vor der Wahl öffentlich, im Falle ihrer Wahl LSBTI-freundliche Lokalpolitik zu betreiben. Alle drei wurden gewählt und haben begonnen, die Vereinbarungen umzusetzen.

Der Verein *SPoD* dokumentierte die Tätigkeiten der neu gewählten Bürgermeister und stellte folgendes fest:

- Das Bezirksamt *Beşiktaş* stellte Räumlichkeiten für Veranstaltungen im Rahmen der LSBTI-Pride-Woche und für andere LSBTI-Veranstaltungen zur Verfügung.
- Zur Verfestigung der Zusammenarbeit zwischen Queer-Organisationen und dem Bezirksamt wurde ein Gleichheitsausschuss eingerichtet.
- Den Mitarbeiter/innen des Bezirksamtes von *Beşiktaş* wurden Fortbildungen zur Sensibilisierung für LSBTI-Rechte angeboten.
- Auch den Mitarbeiter/innen der Gesundheitsämter von *Şişli* wurden, zur Sensibilisierung für LSBTI-Themen, Fortbildungen angeboten.
- Der Bürgermeister von *Şişli* intensivierte den Austausch mit Queer-Organisationen.
- In *Şişli* wurde eine Poliklinik speziell für LSBTI-Personen eingerichtet, in der sie sich kostenlos und anonym auf Krankheiten hin testen und behandeln lassen können.

3.2. BDP – Partei für Frieden und Demokratie

Stärker noch als die CHP kann die prokurdische BDP, die 2008 als Nachfolgerin der ebenfalls prokurdischen DTP gegründet wurde, als für die LSBTI-Thematik offen und fortschrittlich bezeichnet werden. In nahezu allen offiziellen Schriftstücken bringt die BDP ihr Streben nach Pluralität, Demokratie, Menschenrechten sowie nach Gleichheit und Beachtung von Minderheitenrechten zum Ausdruck. So zeigt sich die BDP in ihrem Parteiprogramm mit LSBTI-Personen solidarisch und verspricht, dass *„diskriminierende und repressive Gesetze, die die Benachteiligung von Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierungen begünstigen, abgeschafft werden“*.¹³¹

Die BDP ist eine der wenigen Parteien, die bereits von ihrer Gründung an die „Gleichheit vor dem Gesetz“ und in diesem Kontext die Erweiterung des § 10 der Verfassung um sexuelle Orientierung und Identität eingefordert hat. Lange vor der allgemeinen Verfassungsdiskussion

¹³¹ Buğra Tokmakoğlu, *Parteiprogramm der BDP*, 16.2.2010, <http://www.kaosgl.org/sayfa.php?id=4324> (Zugriff am 12.8.2015).

in der Türkei hat die damalige prokurdische Demokratische Volkspartei (*Demokratik Halk Partisi, DEHAP*) im Jahr 2003 die Notwendigkeit der Änderung des § 10 der Verfassung in ihr Parteiprogramm aufgenommen. Es hieß damals; „*der Artikel 10 der Verfassung wird um sexuelle Orientierung ergänzt. Um die Diskriminierung zu bekämpfen und diese Änderung zu realisieren, werden alle Gesetzestexte, die die Diskriminierung begünstigen, abgeschafft*“.¹³²

Hinsichtlich der LSBTI-Rechte brachte die BDP gemeinsam mit der CHP die Forderungen der Queer-Organisationen im Parlament zur Sprache und positionierte sich in diesen Fragen gegen die AKP und die MHP. Die Parlamentarier/innen der BDP engagierten sich außerdem im „Demokratischen Kongress der Völker“ (*HDK*), der 2011 als ein Bündnis mehrerer zivilgesellschaftlicher Organisationen und einiger links liberalen Parteien gegründet wurde.

Für die Kommunalwahlen 2014 stellte die BDP eine LSBTI-Kandidatin, Elif Tuna Şahin, auf. Fünf ihrer Bürgermeisterkandidat/innen unterzeichneten das vom Verein *SPoD* erarbeitete Protokoll zu einer LSBTI-freundlichen Lokalpolitik. Einer dieser Kandidaten, Yüksel Mutlu, konnte die Bezirksbürgermeisterschaftswahlen in Mersin-Akdeniz gewinnen, ein Bezirk mit 276 000 Einwohner/innen. In Gesprächen mit Queer-Organisationen wie *SPoD* und *Mersin-LGBT* sicherte Yüksel Mutlu die Förderung von LSBTI-spezifischen Veranstaltungen in den Räumlichkeiten seines Bezirkes zu. 2014 nannte sich die BDP in „Partei der demokratischen Regionen“ (*Demokratik Bölgele Partisi, DBP*) um und änderte ihren politischen Schwerpunkt. Seit der Gründung der HDP (Demokratische Partei der Völker) 2012, die ebenfalls als prokurdisch gilt, konzentriert sich die DBP auf Kommunalpolitik in den kurdischen Regionen, während sich die HDP mit einer gesamtürkischen Perspektive auf Parlamentspolitik ausrichtet.

3.3. HDP- Demokratische Partei der Völker

Auf ihrem Kongress vom 22. Juni 2014 hat sich die HDP als eine politische Partei definiert, „*in der alle Unterdrückten und Ausgebeuteten, alle diskriminierten und ignorierten Völker und Glaubensgemein-*

¹³² Wie Fn. 120.

schaften, Frauen, Arbeiter/innen, Werk-tätige, Bauern, Jugendliche, Arbeitslose, Rentner/innen, Menschen mit Behinderungen, LSBTI-Personen, Migrant/innen, Vertriebene, Intellektuelle, Autor/innen, Künstler/innen und Wissenschaftler/innen, sowie alle anderen, die sich mit diesen Gruppen solidarisieren, zusammenfinden sollen“.¹³³

Die HDP wurde im Mai 2012 als parteipolitisches Organ des HDK (Demokratischer Kongress der Völker) gegründet. Ihre Aufgabe soll darin bestehen, Ziele und Interessen des HDK kommunal- und parlamentspolitisch zu vertreten.¹³⁴ Für die Kommunalwahlen 2014 hatte die HDP fünf LSBTI-Kandidat/innen nominiert. Vor der Kommunalwahl hatten 29 Bürgermeisterkandidat/innen der HDP das Protokoll des Vereins *SPoD* zu einer LSBTI-freundlichen Lokalpolitik unterschrieben.

In ihrem Wahlprogramm für die Kommunalwahlen 2014 widmete sich die Partei explizit den Problemen von LSBTI in den Bereichen Arbeit, Wohnen, Gesundheit, und Bildung. Im Rahmen ihrer Wahlkampagne „Recht auf Stadt“ (*şehir hakkı*) versprachen die Istanbuler HDP-Bürgermeisterkandidat/innen Sırrı Süreyya Önder und Pınar Aydınlar, in Kooperation mit LSBTI-Organisationen spezielle Heime für die Betroffenen von homophober und transphober Gewalt einzurichten, die durch staatliche Mittel finanziert werden sollen.¹³⁵ Das Parteiprogramm der HDP fordert außerdem den Erlass von Antidiskriminierungsregelungen auch auf kommunaler Ebene sowie eine gesicherte Partizipation von LSBTI-Personen in den Bezirksverordnetenversammlungen.¹³⁶ Ihren Wahlkampf für die Parlamentswahlen 2015 führte die HDP unter dem Motto „Wir ins Parlament“ (*Biz 1er Meclise*). Ihr Wahlprogramm stellte Themen wie soziale und gewerkschaftliche Rechte, politische Freiheiten, Militärdienstver-

¹³³ Parteiprogramm der HDP 2015, Übersetzung Z.Ç. und G.S., <http://www.hdp.org.tr/images/UserFiles/Documents/Editör/HDP%20Se%C3%A7im%20Bildirgesi%20Tam%20Metin.pdf> (Zugriff am 13.8.2015).

¹³⁴ Wie Fn. 133.

¹³⁵ KaosGL, „HDP İstanbul Adayları: LGBTİ Sığınakları Kurulacak“, 19.3.2014, <http://kaosgl.org/sayfa.php?id=16096> (Zugriff am 4.9.2015).

¹³⁶ Sosyal Değişim Derneği, „Yerel Seçimlere 10 Kala LGBTİ'ler“, <http://www.sosyaldegisim.org/2014/03/yerel-secimlere-10-kala-lgbtiller/> (Zugriff am 12.8.2015).

weigerung aus Gewissensgründen, Frauen, Jugend, die Kurdenfrage und den Friedensprozess mit der PKK sowie die Reform der Justiz in den Mittelpunkt. LSBTI-Personen verspricht sie die Gewährleistung der Rechte auf Gleichheit und auf ein würdevolles Leben. Eine neue Verfassung soll nicht nur alle Bevölkerungsgruppen der Türkei, sondern auch LSBTI-Personen explizit anerkennen. Diskriminierungen im Bereich der Bildung, der Gesundheit, des Wohnens, der Arbeit, etc. sollen laut des Wahlprogramms der HDP per Gesetz unter Strafe gestellt werden, um den LSBTI-Personen juristischen Schutz zu gewährleisten.¹³⁷

Für die Parlamentswahlen im Juni 2015 hatte die HDP als erste Partei einen offen lebenden Schwulen, Barış Sulu, als Kandidaten für ein Parlamentsmandat nominiert und somit einen Schritt in Richtung Umsetzung ihres Wahlprogramms und ihrer Satzung getan. Die Kandidatur von Barış Sulu wurde in der Queer-Szene der Türkei und links-demokratischen Kreisen positiv aufgenommen. In einem Interview teilte Barış Sulu mit, dass er bei den neuen Wahlen nicht kandidieren wollte, obwohl er von der Partei wieder angefragt wurde.

3.4. AKP – Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung

Im Gegensatz zu den bisher dargestellten Parteien werden LSBTI-Themen seitens der AKP weder in der Satzung noch im Wahlprogramm aufgegriffen. Die Satzung hat einen konservativen Charakter, der „die allgemeine Moral und die Anständigkeit des Individuums“, sowie die „nationalen Werte“ hervorhebt.

In den Wahlkämpfen zu den Kommunal- und Parlamentswahlen von 2014 und 2015 haben sich AKP-Politiker/innen mehrmals dagegen ausgesprochen, dass LSBTI-Personen politische Mandate übernehmen. Der regierende Bürgermeister von Ankara, Melih Gökçek, sprach sich 2014 in einer TV-Sendung dagegen aus, dass „jemand ein Schwuler ein Bürgermeisteramt in der Türkei bekleide“.¹³⁸ In ähnlicher Weise beanstandete

¹³⁷ Wie Fn. 136.

¹³⁸ „Melih Gökçek: İnşallah bizim Türkiye'de gay belediye başkanı olmayacak ve olmamalı“, Nachrichtenwebsite t24, 2.4.2012, <http://t24.com.tr/haber/okandan-melih-gokceke-sok-gay->

te Staatspräsident Erdoğan kurz vor den Parlamentswahlen 2015, dass die HDP einen schwulen Kandidaten für die Wahlen aufgestellt hatte. Dies käme für seine Partei nicht in Frage.¹³⁹

3.5. MHP - Nationalistische Bewegungspartei

Die Nationalistische Bewegungspartei ist eine rechtsextreme Partei, deren Hauptwerte auf dem Nationalismus, der nationalen Einheit und türkischer Gemeinschaftlichkeit basieren. Die MHP erkennt LSBTI-Personen weder an noch respektiert sie sie. Die Partei blendet die LSBTI-Thematiken sowohl in ihrer Parteisatzung,¹⁴⁰ als auch in ihrem Wahlprogramm aus.

Im Zuge der Diskussionen über Verfassungsänderungen lehnte die MHP nicht nur alle Bitten von Queer-Organisationen zu Gesprächen kategorisch ab, sondern stellte sich auch vehement gegen alle Forderungen von LSBTI-Organisationen im Hinblick auf Verfassungsänderungen.

Kein einziger Kandidat der Parteien AKP und MHP unterzeichnete das Protokoll des genannten SPoD-Vereins zu Etablierung einer LSBTI-freundlichen Lokalpolitik.

[sorusu.200832](http://www.kaosgl.com/sayfa.php?id=19519) (Zugriff am 13.8.2015).

¹³⁹ KaosGL, „Cumhurbaşkanı Erdoğan: “Biz eşcinsel aday göstermeyiz”, 28.5.2015,

<http://www.kaosgl.com/sayfa.php?id=19519>, Zugriff am 13.8.2015.

¹⁴⁰ Wahlprogramm der MHP 2015,

http://t24.com.tr/files/20150503162014_mhp_secim_beyanamesi_2015_ozet.pdf (Zugriff am 13.08.2015).

4. Schlussfolgerung

Spätestens seit den Kommunalwahlen von 2014 sind die politische Aktivität und die Einmischung von LSBTI-Personen in die kommunale und parlamentarische Politik nicht mehr zu übersehen. Die Gründe für ihr vor allem kommunalpolitisches Engagement sind:

Erstens, die Notwendigkeit, die Gesellschaft durch die Aktionen und Aktivitäten vor Ort zu sensibilisieren, und ein LSBTI-freundliches Klima zu schaffen. Zweitens, die Notwendigkeit, die diskriminierten LSBTI-Personen vor Ort zu unterstützen und zu stärken. Drittens, die Notwendigkeit, die Netzwerke untereinander und mit anderen Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen vor Ort zu bilden, zu stärken und zu mobilisieren sowie sich an den lokalpolitischen Entscheidungen unmittelbar zu beteiligen.

Darüber hinaus fordern Queer-Organisationen vor allem die politischen Parteien auf, direkt mit LSBTI-Personen zu sprechen und gemeinsame Strategien gegen die Bekämpfung von Diskriminierung vor Ort zu entwickeln. Das Protokoll für LSBTI-freundliche Lokalpolitik ist hierfür ein gutes Beispiel.

Auf der parlamentspolitischen Ebene fordern die Queers Gleichheit vor dem Gesetz und konkret Zugang zur existenziellen sozialstaatlichen Versorgung in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wohnungsmarkt und Beschäftigung, um nur einige zu nennen. Der Verweis auf das Gleichheitsprinzip rechtfertigt Forderungen nach der Abschaffung von Zugangsbarrieren für LSBTI-Personen in allen genannten Bereichen. Ihr Beharren auf den Prinzipien Gleichheit und Nichtdiskriminierung öffnet die Queer-Bewegung zur Solidarität mit anderen benachteiligten Gruppen, wie Kurd/innen, Armenier/innen, Roma und Sinti. Die Verwirklichung dieser Prinzipien in der Türkei setzen sowohl die Verabschiedung einer neuen Verfassung als auch die Änderung zahlreicher Gesetze voraus, allen voran die Novellierung des Antidiskriminierungsgesetzes.

Zu Beginn der 2000er Jahre entfaltete die Bewegung eine neue Dynamik und breitete sich in der gesamten Türkei aus. Zeitgleich zementierte die AKP-Regierung mit ihrer konservativen, patriarchalen, sunnitisch-nationalistischen

Politik ihre Macht. Das zeitlich parallele Erstarken der Bewegung und der AKP-Regierung erscheint auf den ersten Blick als Widerspruch. Erklärbar werden diese Entwicklungen dadurch, dass die AKP mit der Verabschiedung des Vereinsgesetzes 2004 ungewollt die Institutionalisierung der Queer-Bewegung ermöglicht hat. Die bisweilen extrem konservative Rhetorik der AKP richtete sich auch gegen LSBTI und hat auf diese Weise wesentlich zur Mobilisierung der Bewegung und zur Entstehung neuer Gruppen beigetragen. Denn anders als frühere Regierungen hat die AKP die LSBTI-Thematik aufgegriffen, moralisierend und negativ Stellung genommen und die Queers entpolitisiert. Die Queers haben darauf erstmals politisch geantwortet, die diskriminierende Haltung der AKP skandalisiert und durch soziale Medien wie Facebook und Twitter eine Gegenöffentlichkeit hergestellt.

Über die Gezi-Proteste im Jahr 2013 hat die Bewegung sowohl in der Türkei als auch im europäischen Raum enorme Aufmerksamkeit gewonnen. Die Proteste haben nicht nur zur Sichtbarkeit der Queers in der Türkei beigetragen, sondern sie auch dahingehend gestärkt, ihre politischen Ansprüche und Forderungen an die politischen Parteien selbstbewusster zu stellen. Vertreter/innen der Bewegung haben damit Einfluss auf die Kommunalwahlen im Jahr 2014 nehmen können, so dass in den kommunalen Verwaltungen heute einige offen lebende LSBTI-Personen arbeiten und sich für die Gleichbehandlung in sozialen Belangen einsetzen können.

Auch die Parlamentswahlen vom 7. Juni 2015 verdeutlichten die neue Sichtbarkeit und Stärke der Queer-Bewegung, die mehrere Parteien überzeugen konnte, LSBTI-Themen in ihre Partei- und Wahlprogramme aufzunehmen und durch die Nominierungen von LSBTI deren politische Partizipation zu ermöglichen. Zudem haben heute dutzende Queer-Vereine, Organisationen und studentische Initiativen verstärkt Unterstützung aus anerkannten und etablierten Teilen der Zivilgesellschaft, wie Menschenrechtsinstitutionen oder Universitäten, gewonnen. All diese Entwicklungen auf der kommunalen, parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Ebene zeigen den dynamischen Prozess der Türkei und den unverzichtbaren Beitrag sozialer Bewegungen für die Demokratisierung von Gesellschaften.

Die Queer-Bewegung in der Türkei hat gezeigt, dass die verschiedenen sozialen Bewegungen, die von unterschiedlich benachteiligten Minderheiten ausgehen, Allianzen für gemeinsame Ziele bilden können. Die Philosophie der Demokratischen Partei der Völker (HDP) spiegelt in hohem Maße die politischen Ziele der Queer-Bewegung wider: die HDP zielt auf die Allianz aller diskriminierten/unterdrückten Minderheiten, die gemeinsam eine Mehrheit gegenüber der konservativen Regierungspartei (AKP) bilden können.

Angesichts der diesbezüglich undemokratischen Politik der AKP kann festgestellt werden, dass die Zivilgesellschaft der Türkei heute für die Europäische Union das Hauptargument dafür bildet, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nicht einfach abubrechen. Gleichzeitig kann und soll die EU ihr Engagement für LSBTI-Rechte verstärken und zwar nicht nur in der Türkei, sondern auch in den Mitgliedstaaten der EU. Denn auch innerhalb der EU-Mitgliedstaaten sind die Rechte von LSBTI nicht einheitlich geregelt, weshalb Kandidatenländer nicht mit konkreten Erwartungen konfrontiert werden können. Diese Uneinheitlichkeit muss beendet werden, so dass die Kandidat/innen, wie die Türkei, für den EU-Beitritt aufgefordert werden können, die Situation der LSBTI nach EU-Standards zu regeln. Bisher kann die uneinheitliche LSBTI-Politik innerhalb der EU von den Beitrittskandidat/innen immer als Legitimationsressource genutzt werden. Beispielsweise sind Homo- und Transsexualität juristisch in der Geschichte der Türkei niemals strafbar gewesen, in mehreren europäischen Ländern standen sie jedoch in unterschiedlichem Maße unter Strafe. Auch die gesellschaftliche Situation der LSBTI unterscheidet sich in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten. Damit die EU die Türkei mit konkreten Forderungen konfrontieren kann, die sich auf die Bedürfnisse der dortigen Queer-Organisationen beziehen, muss auch die EU selbst die gesellschaftliche und politische Situation der LSBTI in ihren Mitgliedsstaaten verbessern und weitgehend vereinheitlichen. Ohne die Unterstützung der Europäischen Union werden kleine und diskriminierte Minderheiten der Beitrittskandidaten, wie LSBTI, wohl keine grundlegende Verbesserung ihrer Situation erreichen. Die EU sollte deshalb ihre Zusammenarbeit mit der jeweiligen Zivilgesell-

schaft vor Ort weiter ausbauen und sich verstärkt auf deren Erwartungen einlassen.

Abkürzungsverzeichnis (Deutsch-Türkisch)

AKP	<i>Adalet ve Kalkınma Partisi</i>	Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei
ANAP	Anavatan Partisi	Mutterland Partei
BDP	Bariş ve Demokrasi Partisi	Friedens- und Demokratiepartei
CHP	Cumhuriyet Halk Partisi	Republikanische Volkspartei
CSD	Christopher Street Day	
DBP	Demokratik Bölgeler Partisi	Partei der demokratischen Regionen
DEHAP	Demokratik Halk Partisi	Demokratische Volkspartei
DEP	Demokrasi Partisi	Demokratiepartei
DISK	Türkiye Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu	Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaften der Türkei
DSP	Demokratik Sol Parti	Demokratische Links-Partei
DTP	Demokratik Toplum Partisi	Demokratischen Gesellschaftspartei
DYP	Doğru Yol Partisi	Partei des Rechten Weges
EMEP	Emek Partisi	Partei der Arbeit
EU		Europäische Union
HADEP	Halkın Demokrasi Partisi	Partei der Demokratie des Volkes
HDK	Halkların Demokratik Kongresi	Demokratische Kongress der Völker
HDP	Halkların Demokratik Partisi	Demokratische Partei der Völker
HSYK	Hakimler ve Savcılar Yüksek Kurulu	Hoher Rat der Richter und Staatsanwälte
ILGA	International Lesbian and Gay Association	
LSBTI		Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans- und Intergeschlechtliche
MHP	Milliyetçi Hareket Partisi	Nationalistische Bewegungspartei
MSP	Milli Selamet Partisi	Nationalistische Heilspartei
ÖDP	Özgürlük ve Dayanışma Partisi	Freiheit- und Solidaritätspartei
OZSE		Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PKK	Partîya Karkerên Kurdîstan	Arbeiterpartei Kurdistans
RDYP	Radikal Demokratik Yeşil Parti	Radikaldemokratische Grüne Partei
SDP	Sosyalist Demokrasi Partisi	Sozialistisch Demokratische Partei
SHP	Sosyaldemokrat Halkçı Parti	Sozialdemokratisch populistische Partei
SPOD	Sosyal Politikalar Cinsiyet Kimliği ve Cinsel Yönelim Çalışmaları Derneği	Verein für Arbeiten zur Sozialpolitik, Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung
StGB		Strafgesetzbuch
TCK	Türk Ceza Kanunu	Türkisches Strafgesetzbuch
T-DER	Trans Dayanışma Derneği	Trans Solidaritätszentrum
TBMM	Türkiye Büyük Millet Meclisi	Große Nationalversammlung der Türkei, das türkische Parlament
TÜSIAD	Türk Sanayicileri ve İşadamları Derneği	Vereinigung türkischer Industrieller und Unternehmer
UdSSR		Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken